

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 12 Dezember 2012 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



In dieser Ausgabe:

Polizistenmorde Startbahn West:
Ins Gedächtnis eingebrannt

Deutsche Hochschule der Polizei:
Zu Höherem berufen

Demonstration:
Rot-rotes Streichorchester
proviziert Gottes Zorn

Ankündigung Seniorenreise 2013:
13. Bundesseniorenfahrt führt nach Andalusien

Gewalt gegen Polizei:
Rezension Film „End of Watch“

Seniorenjournal

Aktuelle Neuauflage

Bundespolizeigesetz

Kommentar

Herausgegeben von
Dietrich Heesen, Jürgen Hönle, Andreas Peilert
und **Helgo Martens**

Unter Mitarbeit von
Ralf Gnüchtel, Friedrich-Alexander Hoppe,
Cornelia Mehrings und **Steffen Richter**

5. Auflage 2012,
1496 Seiten, DIN A 5,
Hardcoverausgabe m. Fadenheftung,
79,90 EUR [D]
ISBN 978-3-8011-0590-7

Dieser praxisorientierte Kommentar richtet sich an alle, die mit Fragen des Bundespolizeirechts und des Zwangsrechts des Bundes befasst sind. Das Werk wurde für die nunmehr 5. Auflage von den Autoren komplett überarbeitet und aktualisiert. Dabei orientieren sie sich in Aufbau und Inhalt an den Voraufgaben, die maßgeblich durch Professor Dietrich Heesen, der zugleich eine der herausragenden Persönlichkeiten des damaligen Bundesgrenzschutzes war, mitgeprägt wurden.

Folgende Bundesgesetze werden kommentiert:

- Bundespolizeigesetz
- Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz
- Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes.



Zahlreiche Auszüge aus Urteilen erleichtern dem Leser die Einschätzung der einschlägigen Rechtsprechung und damit auch eine praxisnahe Lösung. Zudem wird das rechtliche Verständnis durch anschauliche Beispiele gefördert. Hinweise auf ähnliche Befugnisnormen in anderen Rechtsgebieten ermöglichen zudem einen Überblick über den Inhalt vergleichbarer Regelungen.

Erscheinungstermin: 10. Dezember 2012



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Vereinbarkeit von Beruf und Familie



Foto: Carsten Rehder/dpa

Das Phänomen hat inzwischen viele Namen: Familienfreundlichkeit, Work-Life-Balance, Vereinbarkeit von Beruf und Familie – das zeugt davon, dass sich viele damit beschäftigen.

Seite 4

Polizistenmorde Startbahn West



Foto: Hess. Ministerium für Inneres und Sport

Mit einem ökumenischen Gottesdienst und einer Kranzniederlegung ist am 2. November 2012 auf dem Gelände der III. Bereitschaftspolizeiabteilung in Mühlheim den vor 25 Jahren bei einem Einsatz an der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens erschossenen Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm gedacht worden.

Seite 14

Deutsche Hochschule der Polizei



Foto: Herbold/DHPol

Am 21. September 2012 wurden 123 Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) gemeinsam in die Laufbahn des höheren Polizeivollzugsdienstes verabschiedet.

Seite 17

KOMMENTAR Sinneswandel und Windelwechsel	2
FORUM	3
Weihnachtsgruß 2012	3
TITEL/Vereinbarkeit von Beruf und Familie Entweder oder war gestern	4
„Telearbeit ist aus der Behörde nicht mehr wegzudenken!“	7
Das Eltern-Kind-Büro, eine Alternative zu Krankmeldung und Dienstausfall!	8
Vereinbarkeit von Familie und Studium an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen	8
Kümmern sich Frauen mehr um Vereinbarkeit von Beruf und Familie?	9
Auf Überstunden-Joker gesetzt	10
Best-Practise-Beispiele zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie	12
Ja, ich bin Familienernährerin und was daran ist besonders?	12
POLIZISTENMORDE STARTBAHN WEST Ins Gedächtnis eingebrannt	14
GdP IM GESPRÄCH	16
Meinungsaustausch mit neuem Verfassungsschutz-Präsidenten	
GdP und ADFC wollen enger kooperieren	16
DEUTSCHE HOCHSCHULE DER POLIZEI Zu Höherem berufen?	17
Politik soll für Stabilisierung der DHPol aktiv eintreten	20
FREMDSPRACHEN Fachwörterammlung in handlichem Format	21
GdP IN DER PRESSE	22
AUSLANDSEINSÄTZE Radio-Feature porträtiert deutschen Polizeiausbilder in Afghanistan	25
BUNDESTREFFEN POLIZEIBIKER Polizeibiker – Spende an Kinderhospiz	25
DEMONSTRATION Rot-rotes Streichorchester provoziert Gottes Zorn	26
ANKÜNDIGUNG Die 13. Bundesseniorenfahrt der GdP führt in die eindrucksvolle Landschaft Andalusiens	28
KREATIV-PROJEKT SANTA FU – Heiße Ware aus dem Knast	30
RECHT Scheidungsklippe Versorgungsausgleich	31
FILMKRITIK Cop-Streifen „END OF WATCH“ fängt Polizeialltag hautnah ein	35
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



Sinneswandel und Windelwechsel

In den Polizeibehörden und -einrichtungen des Bundes und der Länder ist das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie angekommen und wird, mehr oder weniger intensiv, vor allem durch das Ermöglichen von flexiblen Arbeitszeitmodellen bis hin zur Telearbeit auch gelebt. Dünner wird das Eis, wenn es um Vereinbarkeitsfragen von Führungskräften in der Polizei geht.



Eine männliche Führungskraft, z.B. der Leiter einer Dienststelle, der Elternzeit nehmen oder gar Teilzeit arbeiten möchte, wird auch heutzutage noch nicht auf das gleiche Verständnis treffen, das einer jungen Polizeibeamtin mit Familienaufgaben inzwischen entgegengebracht wird. Aber erst,

wenn es auch für Führungskräfte selbstverständlich ist, einen Teil der Familienaufgaben wahrzunehmen, ohne Einbrüche in ihrem Karriereverlauf zu riskieren, wird sich das Verständnis für die Probleme, die sich aus dieser Lebenssituation ergeben, erhöhen und auch in der Führungsebene verbreiten.

Wenn es gelingt, dass die Vorbildfunktion von Führungskräften nicht dadurch eingeschränkt wird, dass sie Teilzeit arbeiten und die Rahmenbedingungen dafür geschaffen sind, dass Führung in Teilzeit nicht gleichbedeutend ist mit „in kürzerer Zeit das gleiche Arbeitspensum zu schaffen“ ist, ein entscheidender Schritt für alle Kolleginnen und Kollegen erreicht, um zukünftig Beruf, Familie und Karriere zu vereinbaren.

„Familienarbeit“, gerne als Beteiligung an Kochen, Putzen und Windelwechsel diskreditiert, hat nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine volkswirtschaftliche Dimension, was selbst kühle Rechner und die BWLer

unter uns einsehen müssten: Kinder durch Schule und Studium in einen Beruf zu führen, macht sich bezahlt. Umgekehrt sind Kinder, die wegen mangelnder Zuwendung, Erziehung und innerfamiliären Wissenstransfers in Schule und Beruf versagen, ein unkalkulierbarer Kostenfaktor für die gesamte Gesellschaft und leichtfertige Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen. Die Begleitung von Angehörigen bei Krankheit, Pflege und auf ihren letzten Lebensmetern ist nicht nur ein menschliches Gebot, sondern wäre und wird ohne Familienarbeit unbezahlbar. Kitas, Ganztagschulen und Pflegeheime sind wichtig und richtig, können die Familienarbeit ergänzen, unterstützen – aber nicht ersetzen.

Auch in der gewerkschaftlichen Arbeit, die vor allem auf dem Ehrenamt fußt, müssen wir uns die Frage stellen, ob wir genügend auf die Bedürfnisse unserer Kolleginnen und Kollegen eingestellt sind, die sich neben ihrem Beruf und ihren Familienaufgaben noch für andere einsetzen wollen. Sitzungsbeginn und -dauer, Beaufsichtigung von Kindern während der Gremiensitzungen oder die Übernahme von Patenschaften für Kinder oder Pflegebedürftige in den entsprechenden Abwesenheitszeiten, z. B. durch im Ruhestand befindliche Kolleginnen und Kollegen etc., sind nur einige Punkte, die die Rahmenbedingungen so verändern können, dass auch das Ehrenamt nicht verwaissen muss. Und nicht zuletzt: Auch Gewerkschaften sind Arbeitgeber, für deren Beschäftigte das Gleiche gelten muss. Die Vereinbarkeit von Familie und Berufsperspektive ist keine Sozialromantik und kein Luxus, den sich eine Wohlstandsgesellschaft leistet, sondern die Voraussetzung für ihren Bestand.

Elke Gündner-Ede

Im Geschäftsführenden Bundesvorstand thematisch zuständig für Gleichstellungspolitik und die Frauengruppe (Bund).

Zu: Mobilität in den Städten, DP 11/12

Mit Bedauern musste ich Ihre sehr einseitige Berichterstattung über Fahrradfahrer lesen. Das was sich Autofahrer so gegenüber Fahrradfahrern leisten, wird überhaupt nicht erwähnt. Auch heute noch, 15 Jahre nachdem sich die STVO in Bezug auf die Radwegbenutzungspflicht geändert hat, werde ich angeschrien, beleidigt und bedrängt. Selbst der Polizei scheint die Rechtsprechung unbekannt zu sein.

Ich bitte Sie daher, schnellstmöglich über die Radwegbenutzungspflicht und über das, was ein Fahrradfahrer darf und nicht darf, zu berichten.

Dirk Pfannschmidt, Dallgow-Döberitz



Aus persönlichem Interesse habe ich die Berichte über die Mobilität in den Städten durchgelesen. Ich persönlich fahre auch Radstreife in Krefeld und besitze keinen PKW sodass ich auch privat alles mit dem Rad erledige.

Als Anregung würde ich einen Vergleich zwischen den Niederlanden und Deutschland vorschlagen. Erstens aus dienstlicher Sicht, weil dort dem Einsatzmittel des Rades wesentlich mehr Bedeutung zugemessen wird. Zweitens privat, weil dort die Autofahrer wesentlich mehr Rücksicht auf die Radfahrer nehmen (müssen) und den Radfahrern auch einige Freiheiten zugestanden werden (Einbahnstraße in beide Richtungen befahren etc.)

Hinsichtlich der Passage über die Pelelecs möchte ich anmerken, dass der Gesetzgeber durch die Pflicht, Spiegel an den E-Bikes zu befestigen, aber von einer Helmpflicht abzusehen, kontraproduktiv arbeitet. Der Helm ist das Einzige was schützt.

Ich möchte auch ein paar Worte zu der neuen Raduniform verlieren. Ich war in der glücklichen Situation die Kleidung des Trageversuches „Blau“ zu erhalten, musste mich jedoch nie dazu äußern. Aus diesem Grund fällt es mir sehr schwer, den Rückschritt zu der Blau-Gelben Uniform zu akzeptieren. Die Akzeptanz der Uniform ist meiner Meinung nach wichtig.

Die gelben Streifen der Uniform sind schön und gut, jedoch möchte ich auch ab und zu als Polizist den Verkehr überwachen, ohne aus 100 Metern erkannt zu werden. Die Lösung des Trageversuches mit einer gelben Warnweste, welche bei Bedarf übergezogen werden konnte, war mir lieber. Darüber hinaus ist die neue



Funktionsweste, welche praktisch und notwendig ist, unbrauchbar. Zum ersten ist sie wattiert, sodass sie im Sommer nicht getragen werden kann. Zu zweiten besteht sie aus keinem elastischen Material. Gerade in den Wintermonaten ziehe ich mehrere Lagen Kleidung an, womit eine Weste, die elastisch ist, notwendig wird.

Der letzte Punkt ist, dass man die neuen Einsatzhosen enger geschnitten hat. Das ist zwar für den modebewussten Beamten nett, aber dass auch hier die Hose eher einer Pelle gleicht, wenn man sich warm anziehen muss und beim ersten aufspringen reißt, kann nicht im Sinne des Erfinders sein.

Paul Lüdecke, per E-Mail



Schön, dass die Redaktion ein so wichtiges Thema aufgegriffen hat. Zusammengefasst gesehen, kann man auch eine gewisse Ausgewogenheit in der Darstellung des Themas erkennen. Im ersten Artikel „Im Schutz der Anonymität...“ wird der fahrradfahrende Verkehrsteilnehmer nach meinem Dafürhalten schon etwas zu stark in die Bösewichtrolle gedrängt.

Ich selbst lege seit gut 30 Jahren fast alle Wege mit dem Fahrrad zurück und das ganzjährig, Sommer wie Winter. Ich habe seit 20 Jahren kein eigenes Auto mehr und weiß deshalb sehr genau, was Fahrradfahren heißt. Wichtig ist eins, dass in ihren Artikeln auch zum Ausdruck kommt: Wir brauchen im Hinblick auf ein zukünftiges Mobilitätskonzept ein Umdenken, weg von motorisiertem Individualverkehr (Auto), hin zu einer ressourcenschonenden, umweltfreundlichen und lärmarmen Mobilität.

Dem Fußgänger aber, vor allem dem Fahrrad, muss im zukünftigen „Modal Split“ (Hinweis der Red.: Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel) Vorrang eingeräumt werden, politisch, als auch in Fragen der Infrastruktur. Was wir heute in den meisten Städten und Gemeinden an Infrastruktur für Radfahrer haben, spottet meist jeder Beschreibung. Wenn die verantwortlichen Politiker und zuständigen Verwaltungsbeamten endlich die Rahmenbedingungen in der Infrastruktur, Beschilderung und Vorwärtskommen (z. B. Ampelschaltungen) für den Radverkehr verbessern, wird es weniger Unfälle und auch weniger Konfliktpotential mit dem Autofahrer geben. Und eins gehört da unbedingt dazu: Höchstens Tempo 30 auf allen innerstädtischen Straßen.

Werner Becker, Dresden

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de**



Foto: Carmin Roewer/dpa

Es müssen nicht Männer mit Flügeln sein, die Engel.
Sie gehen leise, sie müssen nicht schrein.
Sie haben kein Schwert, kein weißes Gewand, die Engel.
Vielleicht ist einer, der gibt dir die Hand.
Oder wohnt neben dir, Wand an Wand, der Engel.
Dem Hungernden hat er Brot gebracht, der Engel.
Dem Kranken hat er das Bett gemacht, der Engel.
Er hört, wenn du rufst in der Nacht, der Engel.
Er steht am Weg und sagt „nein“, der Engel
Groß wie ein Pfahl und hart wie ein Stein;
Es müssen nicht Männer mit Flügeln sein, die Engel.



*Liebe GdP-Mitglieder,
Rudolf Otto Wiemer stellt in seinem Gedicht die Gestalt der Engel aus der Weihnachtsgeschichte in unsere Zeit hinein. Er macht sie für uns greifbar in Menschen, die uns mit ihrem Dienst umgeben. Nähe zu den Menschen suchen – das macht bis heute die Aktualität von Weihnachten aus.
Nähe zu den Menschen unseres Landes praktizieren, rund um die Uhr Schutz und Sicherheit gewähren – das macht Ihren Dienst aus und rückt Sie in die Nähe von rettenden Engeln.
Für Ihren engagierten Dienst, oft ohne anerkennende Resonanz, möchte ich und die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI, Ihnen und allen Menschen, die Ihnen privat und dienstlich nahe stehen, ganz herzlich danken.
Mit den besten Wünschen für ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2013*

P. Reinhold Wehner SJ, Polizeipfarrer



Entweder oder war gestern

Familie ist etwas Wunderbares. Aber sie kostet Kraft und Zeit. Sie fordert uns – seien es die Kinder oder die Eltern. Auch der Job kann wunderbar sein. Auch er kostet Kraft und Zeit und er fordert uns nicht selten bis an die Grenze unserer Möglichkeiten.

Wie ist das alles unter einen Hut zu bekommen? Vor allem für Frauen, die vielfach noch immer in der traditionellen Rollenverteilung die Hauptlast der im Haushalt anfallenden Arbeiten erledigen, ist das eine klassische Sisyphusarbeit. Wer die Erwartungen im Job gänzlich erfüllen, vielleicht Karriere machen will, muss sich nicht selten entscheiden – Familie oder Job. Das ist durchaus auch heute noch gängige Praxis. Aber es ist Bewegung in die Sache gekommen.

Aus zwei Gründen:

Erstens wollen immer mehr Menschen Familie und Erfüllung im Beruf. Dabei stellen sie nicht mehr nur den Job in den Vordergrund, sondern sie beginnen nach Machbarem zu suchen und Forderungen zu stellen.

Der andere Grund ist ganz sicher der eigentliche und die treibende Kraft für Politik und Wirtschaft, das Problem ernst zu nehmen: Unser Land braucht an allen Ecken und in allen Bereichen gute Leute. Die Polizei sowieso. Die Zeiten, wo man aus einem riesigen Pool bestens geeigneter Bewerber die allerbesten aussuchen konnte, sind definitiv vorbei. Heute sind die Geeigneten eher rar. Die Höhe des Gehaltes spielt sicher immer noch eine große Rolle, zunehmend aber werden weitere Faktoren wichtig, so auch die als Erfolgsfaktor gehandelte Vereinbarkeit von beruflichen und familiären Anforderungen. Diskussionen um Fachkräftemangel, um demographische Entwicklungen und eine stärkere berufliche Einbindung von Frauen haben den Prozess offenbar befördert. Jedenfalls geht es im Wettbewerb um qualifizierte Beschäftigte zunehmend auch um familienfreundliche Angebote der Arbeitgeber. Das ist angekommen. Und damit hat in den letzten Jahren ein Umdenken eingesetzt. Bei Männern und bei Frauen, bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Längst ist die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als ein ganz entscheidendes Moment der Leistungsmotivation anerkannt. Ohne sie geht es nur mit gebremster Kraft – ein für beide Seiten uneffektiver und somit

Das Phänomen hat inzwischen viele Namen: Familienfreundlichkeit, Work-Life-Balance, Vereinbarkeit von Beruf und Familie – das zeugt davon, dass sich viele damit beschäftigen. Und das ist gut so. Denn in unserem Land ist dieses Phänomen inzwischen zu einem Erfolgsfaktor der Unternehmen und Behörden geworden.

unliebsamer Prozess. Familie oder Beruf – diese Fragestellung liegt also nicht mehr im Trend. Intelligente und kreative Lösungen, wie beides zur Zufriedenheit aller gelebt und geleistet werden kann, das ist der Ansatz. Wie die Praxis inzwischen zeigt, ist das durchaus machbar. Und beileibe nicht nur für Frauen. Jüngste Untersuchungen bescheinigen: Männer legen Wert auf Vaterschaft, wollen gute Väter sein. Frauen

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist weit mehr als die Zeit, die am Ende des Tages oder der Schicht übrig bleibt. Arbeitszeiten und -bedingungen können und müssen so gestaltet werden, dass ‚Gute Arbeit‘ das Ergebnis ist. Wir brauchen familiengerechte Jobs statt jobgerechte Familien.“

DGB zum Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten“

wollen zunehmend Bestätigung auch im beruflichen Bereich.

Und so ist auch in männerdominierten Branchen das Thema akut. Die Zeitbedürfnisse von Familien weitgehend auszuklämmern, kann sich kaum noch ein Arbeitgeber leisten.

Familiengerechte Jobs statt jobgerechte Familien

Der DGB fordert auf seiner Web-Seite punktgenau: „Wir brauchen familiengerechte Jobs statt jobgerechte Familien.“

Dafür gibt es inzwischen viele Ideen und Lösungen, wie das Problem angegangen werden kann. Die Polizei steht da bei weitem nicht hinten an. Man braucht auch hier das Potenzial der qualifizierten Frauen, die nach traditionellen Rollenbildern immer noch vielfach das Gros der „Familienarbeit“ leisten. Sie werden gar nicht so selten mit verschiedenen Maßnahmen umworben, um ihre Auszeiten zu begrenzen und ihre Rückkehr nach einer Babypause komplikationslos zu gestalten.

Und weil auch Männer zunehmend ihre familiäre Verantwortung wahrnehmen, geht es auch um sie. Die Praxis zeigt, dass Männer ebenfalls großen Wert z. B. auf ihre Elternzeit-Möglichkeit legen. Und damit haben sie fast gleichgelagerte Probleme wie ihre Kolleginnen.

Und: Es geht längst über die „Kinderproblematik“ hinaus. Auch pflegebedürftige Fälle in der Familie verhindern unter starren Arbeitsbedingungen, dass der oder die Pflegenden der beruflichen Arbeit nachgehen kann.

So langsam ist die Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie also aus den Frauenschuhen herausgewachsen.

Vereinbarkeit auf Kosten der Anderen?

Es geht letztendlich schlichtweg darum, ob Frau und Mann dem Arbeitsprozess zur Verfügung stehen können, auch wenn sich zu Hause ein Pflegefall ergibt oder Kinder betreut werden müssen. Oder ob es Regelungen gibt, die sie ganz oder teilweise von der Arbeit frei stellen – ohne dass sie den Kontakt zur Dienststelle verlieren bzw. nach der Pause möglichst reibungsarm ihren Dienst wieder aufnehmen können.

Das hört sich ein wenig nach Luxus an. Das impliziert auch: Dann müssen die „unbelasteten“ Kolleginnen und Kollegen deren Arbeit mitmachen. Und der Arbeitgeber hat einen gehörigen Verwaltungsaufwand, da offenbar eine Reihe Sonderregelungen auf ihn zukommen. Da aber letztlich alle von solchen Vereinbarkeits-Vereinbarungen profitieren können, werden diese Argumente immer schwächer und damit immer seltener vortragen.

Viele Polizeibehörden der Länder und





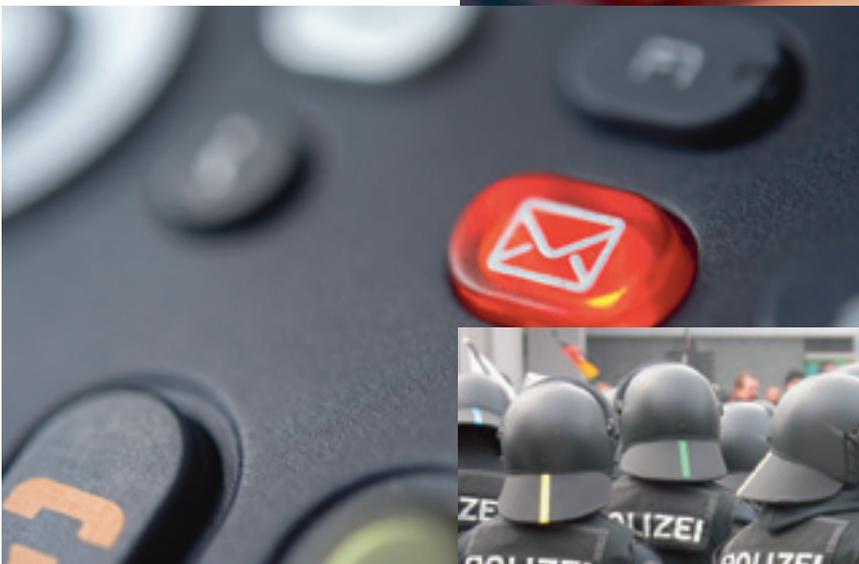
Wohin jetzt mit Lisa-Marie?

Lisa-Maries Kita ist im Streik, dann geht's eben zu Opa und Oma ...

Foto: Carsten Rehder/dpa

... Nee, geht nicht, die beiden sind ja auf Kreuzfahrt. Mmmh, ich ruf bei der Tagesmutter an ...

Foto: picture-alliance/dpa



... „Hier ist der automatische Anrufbeantworter des Tagesmutter-Service. Heute habe ich frei und mache Wellness. Bitte rufen Sie morgen wieder an.“ ...

Foto: F. Koark/dpa

... Mist, habe heute den Einsatz und nicht morgen ...

Foto: Jan Woitas/dpa



VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

des Bundes haben bereits erkannt, wie stark die Angebote zur Vereinbarkeit beruflicher und familiärer Anforderung die Arbeitszufriedenheit und die Arbeitsleistungen befördern. Das war bei Weitem kein Selbstlauf. Gewerkschaften und Personalräte haben an diesem Prozess einen entscheidenden Anteil.

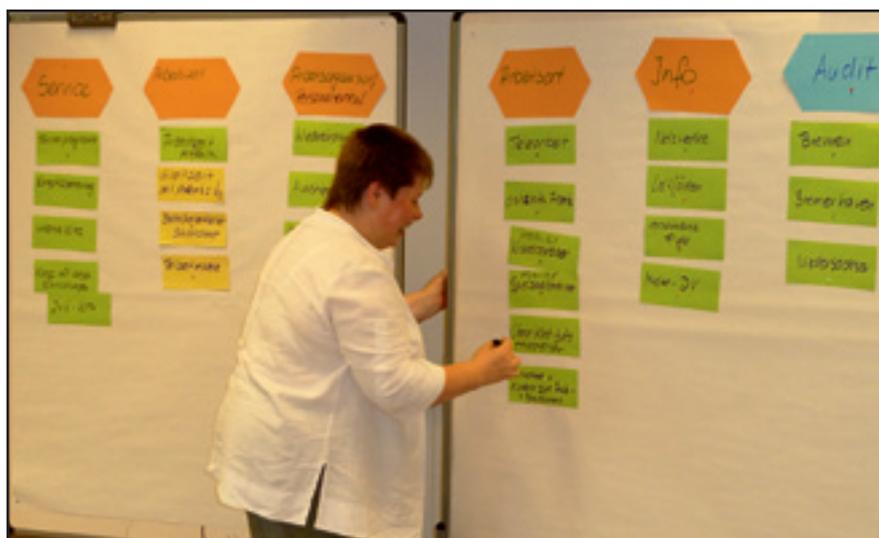
Wieder in Frauenhänden

Der Erfolgsfaktor Vereinbarkeit ist zwar kein Frauenthema, wird aber naturgemäß insbesondere von Frauen vorangetrieben. Einmal sicher, weil alles rund ums Kind dabei eine wesentliche Rolle spielt, zum anderen aber auch, weil das Thema die Problematik der Chancengleichheit in sich birgt. Denn noch immer – so hat jüngst eine Studie der Unternehmensberatung Booz & Company ergeben – geht es auch heute noch nicht ganz gerecht zu. Wie der „Tagesspiegel“ am 16. Oktober dieses Jahres schreibt, seien Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen weltweit die Regel. „In Deutschland sind die Verhältnisse vergleichsweise gut – insgesamt landete die Bundesrepublik im Ranking auf Platz acht, hinter Finnland



hierzulande immer noch 22 Prozent.“ Es gäbe, so der Autor, also noch eine Menge zu tun und er fügt weiter an: „Wäre in Deutschland der Anteil berufstätiger Frauen und Männer ausgeglichen, würden

Bei mehr als jedem vierten Kind, das 2010 geboren wurde, nahmen sich auch die Väter eine berufliche Auszeit. Jedoch beließ es die große Mehrzahl der Männer (76 Prozent) bei den obligatorischen zwei Monaten, die nötig sind, damit das Elterngeld volle 14 Monate gezahlt wird, wie aus Daten des Statistischen Bundesamtes hervor geht.
dpa-infografik



Wilma Wäntig fasst die Best-Practise-Beispiele zusammen.

Foto: A. Terweide

und Schweden, aber vor vielen anderen europäischen Ländern wie Dänemark, Großbritannien oder Frankreich.

Besonders positiv fielen bei der Bewertung gesetzliche Vorgaben wie die Elternzeit ins Gewicht Ist die Frau aber erst einmal drin im Arbeitsleben, lässt die Unterstützung schlagartig nach. Von Platz drei fällt Deutschland dann rapide auf Platz 36. Nominell beträgt die Gehaltslücke zwischen Männern und Frauen

das Bruttoinlandsprodukt trotz Konjunkturflaute und Schuldenkrise sprunghaft um vier Prozent ansteigen. Das entspricht mehr als 100 Milliarden Euro.“ Das ist ein deutlicher Wert. Wie real er ist, mag dahingestellt sein. Dass aber die Gleichstellung von Männern und Frauen, sowie die Möglichkeit für beide, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen, ökonomisch dringend erforderlich ist, kann dem gesamten Prozess nur förderlich sein.

Dieser Prozess der Gleichstellung wird allerdings vorwiegend bis ausschließlich von Frauen forciert.

Und so hat sich auch die GdP-Bundesfrauengruppe seit 2007 die Vereinbarkeitauf die Fahne geschrieben. In ihrem Positionspapier (siehe www.gdp.de unter GdP-Positionen „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“) stellt sie klar: „Dabei ist es wichtig, das Thema weder auf die Perspektive der Kolleginnen zu begrenzen, noch auf die Betreuung von Kindern zu reduzieren: Frauen und Männer brauchen Zeit und Gelegenheit, ihre Interessen und Bedürfnisse mit dem Beruf in Einklang zu bringen, um Kinder zu erziehen, Angehörige zu pflegen, ehrenamtlich zu arbeiten und vieles mehr.“

Die Frauengruppe wird das Thema langfristig und strategisch aufbereiten. Dafür hat sie schon 2007 eine AG „Vereinbarkeit“ ins Leben gerufen. Neben dem Positionspapier wurde auch eine Musterdienstvereinbarung erarbeitet. Es wurden gut funktionierende Praxisbeispiele in einer Broschüre zusammengefasst.

Marion Tetzner



„Telearbeit ist aus der Behörde nicht mehr wegzudenken!“

Würde die Behörde nicht die Möglichkeit der Telearbeit anbieten, könnte ich aufgrund meiner Betreuungssituation nur mit einem sehr geringeren Stundenumfang Dienst versehen. So aber habe ich meine Stundenzahl um einiges erhöhen können, was nicht nur mir, sondern auch meiner Dienststelle zugutekommt“, erzählt eine Kollegin der Direktion ZA.

Alternierende Telearbeit ist eine Form von Arbeit, die es schon länger in der Behörde gibt, aber erst in den letzten 2 bis 3 Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnt. Insgesamt 26 Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichsten Arbeits- und Organisationsbereichen nehmen diese Art der Arbeitsgestaltung inzwischen wahr. Ihre Beweggründe: Die Notwendigkeit berufliche und familiäre Anforderungen in Einklang zu bringen.

Durch Dienstvereinbarung geregelt, wird die Arbeitszeit je zur Hälfte im Büro und zu Hause erbracht. Mit Laptop und geschützter Datennetzverbindung ausgestattet, werden zeitintensive Vorgänge, wie Abschlussberichte und Sachverhaltsschilderungen, aber auch Statistik- und Dateneingaben und ähnliches von Zuhause aus erledigt.

„Meine Familie musste den Umgang mit Telearbeit erst lernen“, so eine Kollegin der Direktion K. „Besonders für meine kleine Tochter war es anfänglich schwer zu begreifen, dass Mama zwar da ist, aber nicht gestört werden darf. Inzwischen höre ich sie schon mal sagen, wenn jemand vorbeikommt: „Mama kann gerade nicht, sie macht Telearbeit“.

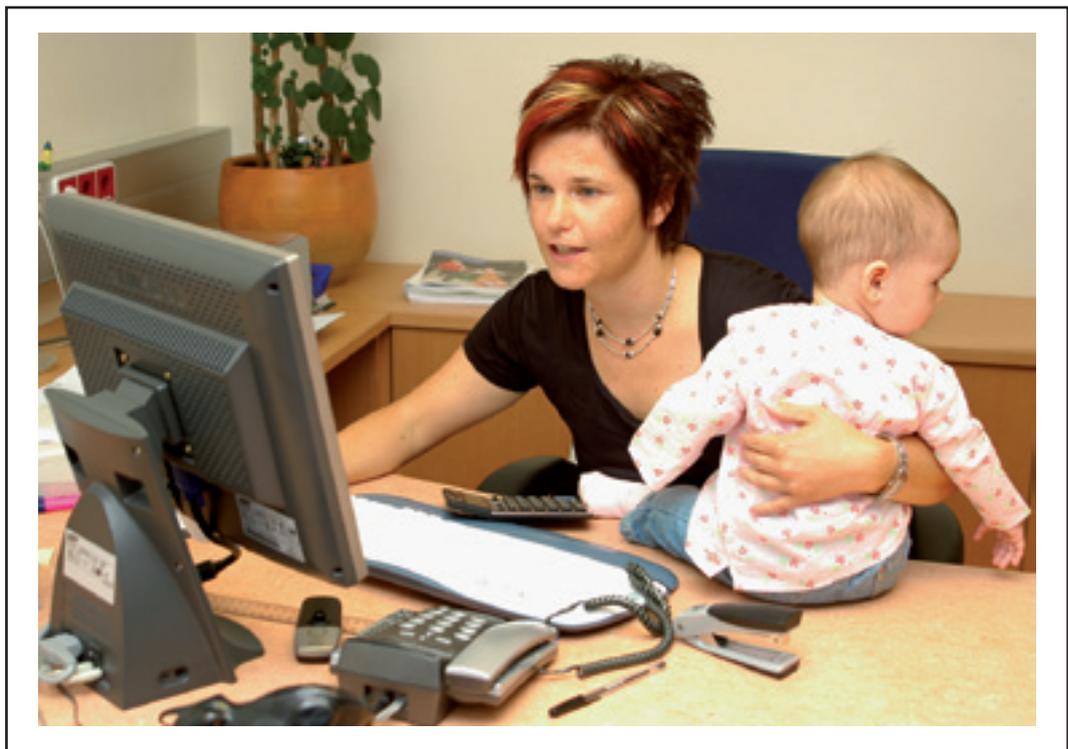
Bedingt durch die durchgehend positive Begleitung und Einstellung zur Telearbeit über alle Hierarchieebenen hinweg, wird auch die nicht ständige Anwesenheit der/des Telearbeitenden nicht mehr als Nachteil empfunden. Die Arbeitsleistung wird nicht mehr nur quantitativ (über ein

Zeiterfassungssystem), sondern qualitativ (was habe ich zu Hause an Arbeit erledigt) hinterfragt.

Telearbeit – aus der Behörde Bochum nicht mehr weg zu denken

Was die flexiblen Arbeitszeiten z.B. durch Telearbeit für die Bediensteten des Tagesdienstes sind, ist für die Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienstes das Dezentrale Schichtdienstmanagement (DSM). Ein Personalplanungs-

zugeordnet. Um den Anforderungen familiärer Betreuungsaufgaben innerhalb der Schichtdienstmodelle (ob Pool oder Dienstgruppe) besser gerecht werden zu können, nehmen Kolleginnen und Kollegen gerne versetzte Dienste (sogenannte Lapper), dienstgruppenübergreifende Schichtfolgen (aufgrund zeitlich begrenzter Verfügbarkeit z. B. von 7.30 - 16 Uhr) oder verkürzte Schichtdienste in Anspruch. Für direkte und dienstgruppenübergreifende Vorgesetzte keine einfache Planungsaufgabe, die zeitweise mit viel Verständnis- und Verhaltenskommunikation begleitet werden muss. Für die Kolleginnen und Kollegen bedeutet diese Art der Dienst-



Telearbeit: Ein gutes Beispiel für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Foto: dpa

system, das als maßgebliche Messgröße auf den Erfahrungen des Einsatzaufkommens einer Dienststelle an allen Tagen (24 Stunden Raster) des vorangegangenen und den Prognosen des künftigen Jahres basiert. Unter Berücksichtigung des zur Verfügung stehenden Personalstundenansatzes erfolgt dann die Funktionsbesetzungs- und Schichtdienstplanung. Die sich so ergebenden Schichten werden konkreten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

verrichtet ein gewisses Maß an Arbeits- und Aufgabenzufriedenheit. Sie werden familienfreundlich eingesetzt und adäquat beschäftigt. Allerdings, so sagen einige, fehle ihnen schon die direkte Anbindung an ihre ‚eigene‘ Dienstgruppe.

**Elisabeth Schulte,
Gleichstellungsbeauftragte beim
PP Bochum und Mitglied im
GdP-Landesfrauenvorstand NRW**



Das Eltern-Kind-Büro, eine Alternative zu Krankmeldung und Dienstausfall!

Berufstätige Eltern leisten täglich doppelten Einsatz. Sie meistern jeden Tag aufs Neue nicht vorhersehbare Situationen. Mit dem Eltern-Kind-Büro (EKB) bietet nicht nur das Bundespolizeipräsidium ein familienfreundliches Angebot für die Kinderbetreuung in Notfallsituationen. Diese besonders ausgestatteten Büros stehen den Eltern bei Erkrankung Ihres Kindes oder kurzfristigem Ausfall der regulären Kinderbetreuung (z. B. anderer Elternteil, Großeltern, Tagesmutter, Kindertagesstätte, Schule) übergangsweise zur Verfügung. So können die Eltern neben der Betreuung Ihres Kindes, gleichzeitig auch ihren beruflichen Verpflichtungen nachgehen und so Beruf und Erwerbstätigkeit besser miteinander vereinbaren. Davon profitieren alle – die Kinder, die Eltern und auch der Dienstherr.

Die Erschließung der Ressourcen stellte zunächst eine Herausforderung dar. Als Gleichstellungsbeauftragte wurde ich initiativ und ließ nicht locker. Der Überzeugung der Hausleitung folgte die innovative Umsetzung durch die Verwaltung und führte schließlich zum Erfolg. Im Ergebnis existieren im BPOLP zwei EKB in verschiedenen Liegenschaften, die zugleich auch als Erste-Hilfe-Raum und Stillzim-



Ein familienfreundliches Angebot: das Eltern-Kind-Büro. Foto: Bundespolizei Stabsstelle ÖA

mer genutzt werden können. Durch die Möglichkeit der Dreifachnutzung wurden auch letzte Skeptiker einsichtig, denn die Arbeitsstättenverordnung schreibt im § 6 den Erste-Hilfe-Raum vor.

EKBs sind kein „Allheilmittel“ für Eltern und Dienststelle, aber sie sind ein sinnvoller Baustein in dem Gesamtpaket von

Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit. Weitere Bausteine sind erforderlich, insbesondere solche, die die Flexibilisierung von Arbeitsort und Arbeitszeit fördern, wie Telearbeit und mobiles Arbeiten.

Waltraud March, Gleichstellungsbeauftragte des Bundespolizeipräsidiums

Vereinbarkeit von Familie und Studium an der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen

Mit großer Begeisterung werden von den Studenten die seit Oktober 2009 an der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen speziellen Angebote der Vereinbarkeit von Familie und Studium für Mütter und Väter angenommen. In jedem Studienjahrgang wird seither eine „familienfreundliche Studiengruppe“ mit bevorzugten Vorlesungszeiten eingerichtet. Deren Vorlesungen finden in der Regel zwischen 8 und 16 Uhr statt. Eltern erhalten dadurch die Möglichkeit, ihre Kinder zeitgerecht von einer Tageseinrichtung abzuholen. Gleichzeitig ist in dieser Studiengruppe ein „Betreuungskorridor“ innerhalb der Woche von Dienstag 14 Uhr bis Mittwoch 10 Uhr vorgesehen. Dadurch sollen Eltern, die weiter von der Hochschule

entfernt wohnen, die Möglichkeit erhalten, während der Woche einen etwas längeren Aufenthalt zu Hause einzuplanen. Am Montag beginnen die Vorlesungen um 10 Uhr, so dass eine Anreise mit dem Kind den Studierenden erleichtert wird. Um verlässliche Vorlesungszeiten zu gewährleisten, sind Verlegungen von Vorlesungen in dieser Studiengruppe die Ausnahme.

Eltern, die sich dazu entscheiden, ihre Kinder während der Woche zum Hochschulort mitzubringen und dort betreuen zu lassen, erhalten die Möglichkeit, eine „Doppeleinheit“ direkt auf dem Campus anzumieten.

Auf dem Gelände des Hochschulortes wurde zudem die städtische Kindertages-

stätte „Campus Minimus“ eingerichtet. Die Kindertagesstätte hat ein besonderes Profil im Bereich Bewegung, Motorik, Sport, ergänzt durch einzelne natur- und waldorfpädagogische Elemente. Sie besteht derzeit aus zwei Gruppen mit je 15 Kindern im Alter zwischen 0 und 6 Jahren. Studierende können ihre Kinder gegen die üblichen Elternbeiträge dort betreuen lassen.

Außerdem unterstützt die Hochschule Studierende bei familiären Notfällen. Falls der betreuende Elternteil einer Familie vorübergehend ausfällt, z. B. durch einen Krankenhausaufenthalt, hat der studierende Elternteil die Möglichkeit, Kinder zum Hochschulort mitzubringen.

Nicole Minge



Kümmern sich Frauen mehr um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie?

Als ich in meiner Funktion als Leiter der Koordinierungsstelle Beruf und Familie in der Polizei Bremen diese Frage gestellt bekam, antwortete ich aufgrund meines spontanen Bauchgefühls sofort mit „Ja“.

Möglicherweise geschah dieses, weil die Frage zusammen in einen Kontext gebracht wurde mit dem noch immer vorhandenen Phänomen der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern.

Nach intensivem Nachdenken über die Entwicklung des Auditierungsverfahrens zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Polizei Bremen (Beginn 2007) kamen mir jedoch mehr und mehr Zweifel, ob denn mein spontanes „Ja“ dem tatsächlichen Verhalten von Frauen und Männern in der Polizei Bremen im Hinblick auf die Thematik der Vereinbarkeit entspricht.

Bei genauer Betrachtung lassen sich die famili-



Gratik: böcklerimpuls 15/2012

enfreundlichen Angebote in der Polizei Bremen in zwei großen Themenblöcken darstellen: Lebensphasenorientierung und Organisationsbindung durch Service.

Unsere lebensphasenorientierten Angebote beinhalten das „Sich kümmern“ um schwangere Frauen, junge Familien und die älter werdende Generation mit all ihren gesundheitlichen Problemen, den steigenden physischen Belastungen und intensiver auftretenden Betreuungsverpflichtungen.

Unsere Serviceangebote mit dem Ziel der Verbesserung der Organisationsbindung, beinhalten insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen, Wissenstransfer, verschiedenste Arbeitszeitmodelle und altersgerechte Beschäftigung zur Erhaltung der Gesundheit und Zufriedenheit.

Meine Erfahrung ist, dass in der Polizei Bremen die Frauen und Männer die Angebote gleichermaßen nutzen. Gefühlt entsteht der Eindruck, dass sich Frauen intensiver nach den Angeboten erkundigen. So z.B., wenn etwa der junge Nachwuchs

zur Kindertagespflege „Die Streifenhörnchen“ in der Polizei Bremen angemeldet werden soll, oder aber, wenn sich Fragen zu Schwangerschaft, Mutterschutz und Elternzeit etc. ergeben.

Wenn es allerdings um Fragen zur Informationssteuerung für abwesende Mitarbeiter/innen, zu Arbeitszeitmodellen, zu Pflgethemen etc. geht, oder aber Informationsveranstaltungen zu Betreuungsrecht, Patientenverfügung etc. abgehalten werden, gibt es keine nennenswerten Unterschiede in der Beteiligung zwischen Frauen und Männern.

Ich kann abschließend also nicht bestätigen, dass sich die Frauen in der Polizei Bremen um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mehr kümmern als ihre Kollegen. Insofern hatte mich mein Bauchgefühl getäuscht.

Gerhard Rippe, Koordinierungsstelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Polizei Bremen



Auf Überstunden-Joker gesetzt

Wenn die kleine Nina eine Erkältung bekommt, dann kann es schon einmal schwierig werden in dem Polizeihaushalt von Thorsten und Susanne P.. Kranke Kinder gehören nun einmal nicht in den Kindergarten. Und das heißt, einer oder

BAO sparen, denn: da draußen wird jeder Kopf und jede Hand gebraucht.

Wenn Nina nicht gerade das Fieber zu Kopf steigt, ist sie in ihrem Kindergarten in einer „9+-Betreuung“ untergebracht.

seine Frau aber mit dem Auto ganz Berlin durchqueren muss, wäre es fatal, die Rush Hour abzuwarten, wenn sie alle schnell zum Büro oder in die Firma wollen und die Stadtautobahn verstopfen. Dann steht sie im Stau und braucht noch länger als die sowieso schon üblichen mindestens zwei Stunden pro Tag.

Heute hat es Mama jedoch auch erwischt. Das abendliche Kuscheln mit Nina



eine von beiden muss dann wohl bei der Dreijährigen zu Hause bleiben. Oma und Opa fallen nämlich leider aus. Es ist Mittwoch und die Großeltern sind noch voll berufstätig oder wohnen zu weit weg. Dann bleibt dem 36-jährigen Bundespolizisten im Mobilen Fahndungsdienst nur noch der Griff zum Telefon. Und wieder einmal muss er seinem Dienstherrn erklären, dass er heute eben nicht kann. Zwar ist ein Pflichttag im Regeldienst mit Fortbildung und Schießtraining anberaumt, aber Ehefrau Susanne, Kriminalkommissarin in Brandenburg gehört nach einem spektakulären Verbrechen zum Team einer Besonderen Aufbauorganisation weit draußen im Märkischen und kann sich das Gespräch mit dem Leiter der

Erst der Griff zum Fieberthermometer, dann der Anruf beim Vorgesetzten: Nina ist krank.

Foto: Image Source/dpa

Sie kann ab sechs Uhr morgens in der Früh gebracht und abends um 18 Uhr wieder abgeholt werden. Es ist ein Glücksfall, dass Nina gerne in den Kindergarten geht und sich darauf – fast – jeden Tag freut. So nimmt sie es auch nicht krumm, dass sie manchmal sehr früh aufstehen muss. Thorstens Regeldienst beginnt um sieben Uhr. Meistens fährt er mit dem Rad zum Dienst, es ist nicht so weit. Da

hatte die übliche medizinische Konsequenz. Und jetzt liegen sie beide flach, während Thorsten neuen Tee aufsetzt. Diesmal hat er auf den Überstunden-Joker gesetzt. Das klappt im Allgemeinen ganz gut. Wenn er im Einsatz ist, so wie neulich in Nordrhein-Westfalen, dann schaufelt er Stunden. Die benötigte er auch, seine Betreuungstage sind schon aufgebraucht. Gut, dass es in seiner Truppe so eine verständnisvolle Sicht der Dinge gibt. Das war aber nicht immer so. Da war ein kinderloser Kollege, der schon mal meckerte, wenn er wieder für Thorsten einspringen musste. Aber, der wird auch bald Papa.

MiZi





BERLIN | FRANKFURT/MAIN | MÜNCHEN | LEIPZIG | WIEN
ZENTRALE OBERWEILENBACH

COP® Specials November / Dezember 2012

** Gültig vom 20. Oktober 2012 bis 31. Dezember 2012



1 Vorteilspaket Handfesselschlüssel COP® ZT11P + Gearkeeper RT5
Art.-Nr: 310RT5ZT11P
Paket zum Sonderpreis bestehend aus 1 Stk. Hohlschlüssel COP® ZT11P und 1 Stk. Micro Gearkeeper RT5 Cuff Key. **COP® ZT11P Handfesselschlüssel** passend für Standard US-Handfesseln und diverse Clejuso-Modelle. Gewicht: 8 Gramm, Gesamtlänge: 10 cm, Material: Aluminium-Legierung. **Micro Gearkeeper RT5 Cuff Key:** Seillänge 91 cm, Gehäuse: 3,6 x 3 x 1 cm (H x B x T). max. Belastbarkeit liegt bei 15 kg.

Aktionspreis €19,90**
Preis bei Einzelbeschaffung: € 29,90



2 Polizei-Clipboard POSSE 375
Art.-Nr: CB-375
Original US Polizei Clipboard von POSSE, USA. Größe: 35 x 23 x 4 cm (L x B x H). Farbe: grau. Aus eloxiertem Aluminium. Seitlich ist ein robuster Schnappverschluss angebracht. Starker Metallclip am Deckel. 2 getrennte Fächer.

Aktionspreis €39,90**
statt 59,90*



3 Tactical Crew Under Armour® ColdGear®
Art.-Nr: UA10055115-Größe (schwarz)
Art.-Nr: UA10055110-Größe (olivgrün)
Art.-Nr: UA10055118-Größe (beige)
Art.-Nr: UA1005511N-Größe (navy)
Farben: schwarz, olivgrün, navy und beige; Größen: S - 3XL; Material: 63% Nylon, 25% Polyester, 12% Elasthan. Langärmeliges, hochfunktionelles Compressionsshirt mit ColdGear® Technologie, das den Körper in kalten Tagen warm und trocken hält.

Aktionspreis €39,90**
statt 59,90*



4 Quarz Uhr Luminox US Navy SEAL 3051.80
Art.-Nr: LU-305180
Getragen von den Eliteeinheiten der Navy SEALs. Polycarbonatgehäuse, karbonverstärkt mit einem Ø von 44 mm und Kronenschutz. Wasserfest bis 20 bar/atm. 200 Meter / 660 feet. Kratzfestes/verstärktes Mineralglas. Schweizer Quarz Uhrwerk.

Aktionspreis €249,90**
statt 299,90*

5 Armbanduhr traser® H3 P6600 Extreme Sport Pro
Art.-Nr: 560P6600SP5
Farbe: schwarz; Ø 45 mm; Stärke: 12 mm
Gewicht: 120 g mit Armband. Doppelgehäuse: Aussengehäuse Stahl mattiert, Innengehäuse Stahlcontainer poliert. Mit selbstleuchtenden trilight®-Einlagen Saphirglas und Silikonband. Wasserdichtigkeit 300m / 30 bar.

Aktionspreis €339,90**
statt 414,90*



6 Fleece Jacke Under Armour® Tactical Windproof ColdGear®
Art.-Nr: UA12096595-Größe
Farbe: schwarz
Größe: S - 3XL
Material: 100% Polyester
Windabweisende Fleece Jacke mit 3-lagiger, atmungsaktiver Membrane. Eine Einschubtasche mit Reißverschluss auf der Brust und zwei Taschen auf Hüfthöhe. Innentaschen aus Siebgewebe. Ergonomisch platzierte Flatlock-Nähte für höchsten Tragekomfort.

Aktionspreis €99,90**
statt 139,90*



7 Einsatzstiefel Adidas® GSG9.2
Art.-Nr: 85807295-Größe UK
Farbe: schwarz
Größen: (EU 36 - 50)
UK 3,5 - 14
Der Schaft besteht aus Leder, Meshmaterial und Membran. Das CLIMAPROOF-Material mit Membran ist wasserresistent und gleichzeitig atmungsaktiv. Vollnarbiges, hydrophobiertes Rindsleder sorgt für Wasserresistenz bei höchstem Komfort.



Größe EU	35	4	4,5	5	5,5	6	6,5	7	7,5	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	13,5	14
Größe UK	36	36,5	37,5	38	38,5	39,5	40	40,5	41,5	42	42,5	43	44	44,5	45,5	46	46,5	47,5	48	48,5	49,5	50



8 Polizeiausrüstungstasche COP® 904
Art.-Nr: 904 BAG-2
Außenmaße: 46 x 24 x 32 cm (L x B x H)
Farbe: schwarz; Material: 100% Polyester
Innenmaße: 42 x 20 x 30 cm (L x B x H)
Reißfestes, hochwertiges Polyester. Die Rückseite des Außenmaterials ist wasserabweisend beschichtet. inkl. gepolstertem Komfortschultergurt und verstärkten Seitenteilen.

Aktionspreis €45,90**
statt 64,90*

9 Einsatzhandschuh COP® CR214
Art.-Nr: 320214-Größe
Größen: XS - XXL, Farbe: schwarz
Handinnenseite aus weichem, strapazierfähigem Ziegenleder. Schnittschuttfutter aus Kevlar® im Bereich der Hand- und Fingerinnenseiten. Prüfung nach EN388 am 14.01.2009 durch Institute for Testing and Certification, Tschechische Republik.

EN 388
Abriebfestigkeit: Kategorie 2
Schnittfestigkeit: Kategorie 2
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 3
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2



10 Taschenlampe COP® 8507 LED Stroboskop
Art.-Nr: 18507
Länge: 14 cm
Ø 3,3 cm Körper, 3,6 cm Kopf
Gewicht mit Batterien: 220 g
Mit Stroboskop- & Dimmerfunktion.
Cree® XP-G LED Leuchtmittel.
Inkl. 4 Mikro-Batterien (AAA).



11 Taschenleuchte Quilite X LED Akku/USB
Art.-Nr: QL-XRW
Länge: 8 cm; Breite: 2,3 cm
Gewicht: 42 g. Wiederaufladbare Klemmleuchte. Ladezeit: 2 Stunden, inkl. USB-Ladekabel. Eine rote und eine weiße Hochleistungs-LED-Diode. Um 360° drehbare Halteklammer und ein um 180° ausschwenkbarer Lichtarm.

Aktionspreis €39,90**
statt 59,90*

** Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Oktober bis 31. Dezember 2012 | * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. *** ehemaliger Verkaufspreis

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- und Sonderposten sowie 11 Wahlartikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

Follow us at:
www.facebook.com/copgmbh
www.youtube.com/user/copgmbh

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

Best-Practise-Beispiele zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die im November erschienene Broschüre der Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei mit dem Titel „Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Best-Practise-Beispiele aus den Ländern und der Bundespolizei für Gleichstellungsbeauftragte und Personalräte“ stellt u. a. dienstliche Vereinbarungen vor.

Die Arbeit stellt immer höhere Ansprüche an die Beschäftigten und ist mit enormen Belastungen verbunden. Gleichzeitig möchten und müssen immer mehr Menschen nicht nur beruflich erfolgreich sein, sondern auch ihren familiären Bedürfnissen nachkommen. Das gilt für Männer und Frauen gleichermaßen. Dabei ist es wichtig, den Fokus nicht nur auf die Betreuung der Kinder zu richten, sondern auch auf die Pflege von Angehörigen, sie tritt bei einer immer älter werdenden Gesellschaft in den Vordergrund.

In der privaten Wirtschaft wird Familienfreundlichkeit häufig als „Erfolgsfaktor“ bezeichnet. Inzwischen haben aber auch viele Polizeibehörden der Länder und des Bundes erkannt, dass Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie die Arbeitszufriedenheit und -leistung ihrer Beschäftigten positiv beeinflussen. So können bei flexibler Arbeitsplatz- und Arbeitszeitgestaltung familienbedingte Ausfallzeiten auf ein Minimum reduziert werden.



Die vielfältigen Beispiele zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege, die wir aus den Polizeidienststellen erfahren haben, waren die Grundlage für die Idee zu der Broschüre. Unter den Rubriken Arbeitszeit, Arbeitsorganisation/ Personalentwicklung, Arbeitsort, Service und Audit Beruf und Familie sind Beispiele einer guten Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufgeführt. Diese Beispiele sind nicht abschließend und es werden sicherlich noch viele weitere gute Beispiele in den Dienststellen praktiziert.

*Annette Terweide
Abt. Frauen- und
Gleichstellungspolitik
der Gewerkschaft
der Polizei*

Ja, ich bin Familienernährerin und was daran ist besonders?

Seit Jahren setze ich mich für Frauen als Selbstverständnis im Polizeialltag ein und möchte Chancengleichheit für beide Geschlechter. Im Berufsalltag habe ich unterschiedlichste Erfahrungen gerade zum Thema Frau – Polizistin – Gewerkschaft – Personalrat machen dürfen, wobei auch Frau sich selbst im Wege stehen kann – warum?

Als verheiratete Frau und Mutter eines inzwischen 16-jährigen Sohnes betreibe ich bis heute einen Spagat, um Familie und Beruf gerecht zu werden – wie so viele Frauen und auch Männer, die sich für Familie entschieden haben.

Für mich war es immer wichtig, niemals von jemand finanziell abhängig zu sein und Berufstätigkeit bedeutet für mich auch Selbstverwirklichung. Ich war fest der Überzeugung, Familie und Beruf mit Karriere unter einen Hut zu bringen und Probleme sind dazu da, sie zu lösen. „Ohne Kind und Kegel“ war es auch so und Ungleichbehandlungen zwischen Frau und Mann, erst recht im öffentlichen Dienst sah und spürte ich nicht – bis ich dann Mutter wurde.

Nach den Mutterschutzfristen stieg ich gleich wieder voll in den Beruf ein, denn ich war und bin ja die Familiener-

nährerin. In der Zeit des Großwerdens unseres Sohnes war ich bis 2007 im Wechselschichtdienst in verschiedenen Funktionen tätig. Von 2001 bis 2003 absolvierte ich den Aufstieg in den gehobenen Dienst und das hieß zwei Jahre auf Achse sein. Ich habe lernen müssen, dass ich nicht in allen Bereichen perfekt sein kann und muss. Glücklicherweise standen mir während dieser Zeit Familie und Freunde zur Seite und bestärkten mich in meinem Vorhaben.

Dieser Lernprozess war nicht immer einfach und hier stand ich mir selbst öfter im Wege – sei es durch Bemerkungen von



VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE



Foto: Bild-Pressenhaus/dpa

außen – „Du kannst nicht schon wieder von der Familie weg sein“, „Eine Mutter gehört zum Kind“, „Du bist aber eine Rabenmutter“ oder „Kann denn das überhaupt funktionieren?“. Und hier kommt dann, dass sich „Frau“ emotional selbst im Wege stehen kann. Viele dieser „unscheinbaren Bemerkungen“ gehen einfach unter die Haut und bleiben innerlich haften.

Ich habe aber auch lernen müssen, dass es nach wie vor subjektive verschobene Bilder zum Thema Frau – Beruf – Karriere gibt. Sehr oft treten Karrierehemmnisse auf, weil ein Mann oder eine Frau mit Kind und Familie nicht so flexibel in der heutigen Berufswelt sein kann. Durch die geprägte Rollenverteilung in der Gesellschaft, aber auch durch gesellschaftliche Hemmnisse, z. B. keine ausreichende Kinderbetreuung, unterschiedliche Schulbildungssysteme in den einzelnen Bundesländern und der Kostenfaktor im Betreuungsbereich können Barrieren entstehen, die dann für mindestens 12 Jahre vorhanden sind.

Es ist ja immer wieder toll zu hören, dass ich ja als Frau gutes Geld verdiene – aber dass ich die gleiche Arbeit wie der berufliche männliche Part machte, wird oft nicht gesehen.

Daran merke ich bis heute, dass betonte Selbstverständlichkeiten keine sind. Ich habe für mich diesen beruflichen Weg gewählt und jede Frau sollte ihren eigenen Weg mit ihren Entscheidungen wählen können.

Wenn Frauen in Führungspositionen wirklich gewollt sind, sollten und müssen sich nicht nur Rahmenbedingungen ändern, nein auch ein Umdenken in der gefühlten Führungskultur ist zwingend notwendig. Lippenbekenntnisse, wie „Wir wollen Frauen in Führungsposition“, helfen da nicht weiter. Hier sind konkrete Maßnahmen seitens der Politik und auch des Dienstherrn erforderlich.

Die Familienernährerin ist in vielen Bereichen heute Alltag, ohne dass die Frauen Emanzen oder Feministinnen sind, sondern einfach nur Polizistinnen mit Familie. **Erika Krause-Schöne**

Anzeige

Nürnberg, Germany
7. – 8.3.2013*

ENFORCE TAC

International Exhibition & Conference
Law Enforcement, Security and Tactical Solutions ** by IWA

Exhibition Conferences Workshops

Nürnberg, Germany 8. – 11.3.2013*

HIGH PERFORMANCE IN TARGET SPORTS,
NATURE ACTIVITIES, PROTECTING PEOPLE

* Am 8.3.2013 findet die Enforce Tac parallel zur IWA in Nürnberg statt.
** Ausschließlich für Behörden

Profis im Fokus

enforcetac.com

Partner

Veranstalter
NürnbergMesse GmbH
Messezentrum
90471 Nürnberg
info@nuernbergmesse.de

BesucherService
Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 32
besucherservice@nuernbergmesse.de

NÜRNBERG MESSE



Ins Gedächtnis eingebrannt

Mit einem ökumenischen Gottesdienst und einer Kranzniederlegung ist am 2. November 2012 auf dem Gelände der III. Bereitschaftspolizeiabteilung in Mühlheim den vor 25 Jahren bei einem Einsatz an der Startbahn 18 West des Frankfurter Flughafens erschossenen Polizeibeamten Klaus Eichhöfer und Thorsten Schwalm gedacht worden. Die Schüsse an der Startbahn West, so der hessische Innenminister Boris Rhein in seiner Rede im Beisein der Hinterbliebenen, damals verletzten Kollegen sowie zahlreichen weiteren Gästen, hätten bei einer ganzen Polizeigeneration Narben hinterlassen. Einige der seinerzeit eingesetzten Beamten seien sogar aufgrund ihrer Erlebnisse in den Ruhestand gegangen, weil sie nicht mehr polizeidienstfähig waren. Bei anderen hätten sich die Ereignisse unauslöschlich in das Gedächtnis eingebrannt. Rhein: „Die Opfer sind nicht vergessen, deshalb sind wir heute hier.“ Nach der Gedenkveranstaltung legte der hessische Innenminister am Ehrenmal einen Kranz nieder.

Polizeihauptkommissar Klaus Eichhöfer, Hundertschaftsführer der IV. Bereitschaftspolizeiabteilung Hanau und Polizeimeister Thorsten Schwalm, III. Bereitschaftspolizeiabteilung in Mühlheim (Main), kehrten von dem Einsatz an der Startbahn 18 West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens nicht mehr nach Hause zurück. Von einem militanten Autonomen abgegebene Kugeln hatten die damals 43- und 23-jäh-

rigen Beamten tödlich getroffen, jede medizinische Hilfe kam zu spät. Auch weitere Einsatzkräfte wurden teils schwer verletzt. Polizeihauptkommissar Klaus Eichhöfer und Polizeimeister Thorsten Schwalm sind bis heute die einzigen deutschen Polizeibeamten geblieben, die in der Nachkriegsgeschichte während eines Demonstrationseinsatzes getötet wurden. Angesichts der massiven Zunahme der Gewalttätigkeit gegenüber der Polizei

erscheint das als Zufall, so in der DEUTSCHE POLIZEI im November 2012.

Die Gewerkschaft der Polizei hat mit einer mehrköpfigen Delegation unter Führung des hessischen GdP-Vorsitzenden Jörg Bruchmüller an der Gedenkveranstaltung teilgenommen.

Gewalt gegen Polizei hart bestrafen

Gewalttaten gegen die Polizei und andere Amtsträger als Repräsentanten des Staates seien besonders zu ahnden, sagte Innenminister Rhein weiter. Deshalb setze er sich intensiv für eine Gesetzesverschärfung ein. Rhein: „Es ist nicht akzeptabel, dass diejenigen, die für die Sicherheit und das Wohlbefinden der Bevölkerung eintreten, oft schweren Angriffen ausgesetzt sind, ohne dass die Täter die Konsequenzen ihres Tuns unmittelbar spüren. Üben Täter Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten aus, muss ihnen immer klar sein, diese besondere Eskalation der Gewalt zieht besondere Konsequenzen nach sich.“



Hessens Innenminister Boris Rhein gedenkt den Opfern der sogenannten Startbahnmorde vom 2. November 1987.

Fotos (2): Hessisches Ministerium für Inneres und Sport



POLIZISTENMORDE STARTBAHN WEST

54.843 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte weist unterdessen die Polizeiliche Kriminalstatistik 2011 als Opfer von Gewalt-Straftaten aus.

Die „Alltäglichkeit“ von Ausschreitungen

Jens Mohrherr, Vorsitzender des Hauptpersonalrats der hessischen Polizei beim Hessischen Ministerium des

sellschaft mache sich oft nicht klar, wie groß die Angst bei den Ehepartnern, Lebenspartnern und Angehörigen sei, wenn Frauen und Männer Polizeidienst leisteten.

Wanderausstellung eröffnet

Hessens Landespolizeipräsident Udo Münch und Hauptpersonalrat Jens Mohrherr eröffneten nach der Kranz-



Hauptpersonalrat Jens Mohrherr eröffnet nach der Kranzniederlegung eine Wanderausstellung zu den sogenannten Startbahnmorden.

Innern und Sport, mahnte in seiner Rede, die steigende Zahl der verletzten Polizeibeamtinnen und -beamten schade auch der Gesundheit derjenigen, die die Ausfälle kompensieren müssten. Das sollte Dienstherren und Regelgebern Anlass sein, Maßnahmen zu treffen, durch die Sicherheitsorgane besser geschützt werden, damit das Gewaltmonopol des Rechtsstaates keinen Dauerschaden erleide.

Vieles habe sich in den zurückliegenden 25 Jahren verändert, dabei sei auch einiges besser geworden, fuhr Mohrherr fort. „Aber ein konsequentes Handeln im Sinne der Polizeibeschäftigten – aller politisch Verantwortlichen – egal welcher Couleur, die in den zurückliegenden 25 Jahren Verantwortung für die Polizei getragen haben, war nicht immer durchgehend spürbar.“ Denn früher wie heute gelte: Ausschreitungen bei Demonstrationen würden in der gesellschaftlichen Wahrnehmung allzu oft als alltäglich hingegenommen. Die Ge-

niederlegung eine Wanderausstellung zu den sogenannten Startbahnmorden. Die dort ausgestellten Exponate, darunter Fotos, Zeitungsartikel, Ausrüstungsgegenstände der Polizei sowie die Bewaffnung gewalttätiger Demonstranten ermöglichten eine zeitgeschichtliche Betrachtung. Die Ausstellung soll auch in Rathäusern gezeigt werden.

Erinnerung wach halten

Der 2. November 1987, versprach Polizei-Hauptpersonalrat Moherr, werde Anlass bleiben, Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer nicht zu vergessen. „Uns allen wird am Jahrestag des Mordes an unseren Kollegen wieder bewusst werden, was menschenverachtende Missachtung demokratischer Rechte anrichten kann! Unsere Pflicht ist und bleibt es, die Erinnerung an das tragische Ereignis auch bei denen wach zu halten, die gerne rasch vergessen!“

Michael Zielasko



5.11 TAC-AK2 HANDSCHUHE

Best.-Nr. 59341-019 Gr. S - XXL

€ 49,95

- Konstruktion aus Kevlar und Ziegenleder
- Handrücken und Zwischenräume aus Ziegenleder für Langlebigkeit
- Patentierte TacticalTouch Fingerspitzen für Geschmeidigkeit, Passform und Komfort
- Griffflächen aus Ziegenleder, Zuglasche
- Handgelenkabschluss aus Neopren und Velcro



80% Handfläche (Zwei- und Leder 30% Rückseite Kevlar / 100% Kevlar) 8% Bündchen: Neopren (40% Nylon / 60% Neopren) 2% Elasthan (95% Polyester / 5% Elasthan)

5.11 STATION GRIP HANDSCHUHE

Best.-Nr. 59351-019 Gr. S - XXL

Hervorragende Passform für eine Reihe von Aufgaben

- Dehnbarer 4-Wege-Rücken
- Verstärkung an Handfläche und Fingern
- Gepolsterte Fingerknöchel
- Elastischer Handgelenkabschluss



€ 29,95

Handinnenfläche: Kunstleder, Außen 60% Nylon, 40% Polyurethan, Handrücken: Elastisches Nylon (80% Nylon, 5% Elasthan), Fingerspitzen: Kunstleder (60% Nylon, 40% Polyurethan)

5.11 TAC-A2 HANDSCHUHE

Best.-Nr. 59340-019 Gr. S - XXL

€ 24,95

Der hohe Nutzen macht diesen Handschuh zu einem Favoriten

- Patentierte TacticalTouch Fingerspitzen für maximale Fingerfertigkeit und Komfort
- Handfläche, Zwischenräume und Zuglasche aus Kunstwildleder, Griffflächen aus Kunstleder
- Handgelenkabschluss aus Velcro



85% Handfläche: Syn. Leder (40% Nylon / 60% PU & 60% Nylon / 40% PU) / 28% Handgelenk: Stretch Nylon (90% Nylon / 7% Elasthan) / 10% Bündchen: Neopren (90% Gummi / 10% Polyester) 7% Rückseite des Daumens: Frottee (80% Cotton / 20% Polyester)

ENFORCER
511.ENFORCER.DE

Übatsacker Straße 36
75698 Übstadt-Weiler
Telefon: 07251 / 96510
Telefax: 07251 / 965114

Filiale Berlin:
Rankestr. 14
D-13789 Berlin
Tel: 030/85682796

Ladenöffnungszeiten:
Mo - Fr 09:00 - 18:00
Sa 09:30 - 14:00
E-Mail: info@enforcer.de

Meinungsaustausch mit neuem Verfassungsschutz-Präsidenten

Zu einem ersten Meinungsaustausch sind der neue Verfassungsschutzpräsident Dr. Hans-Georg Maaßen und GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut Anfang November in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle zusammengekom-



Meinungsaustausch: Der neue Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Hans-Georg Maaßen und GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut.

Foto: Rüdiger Holecek.

men. Schwerpunkte des Gesprächs waren die Frage nach möglichen Konsequenzen aus der rechtsterroristischen Mordserie des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ für die deutschen Sicherheitsbehörden, die Erörterung einer Neuausrichtung des Verfassungsschutzes, sowie der Umgang des Inlandsgeheimdienstes mit V-Leuten. Unterdessen hat der GdP-Bundesvorsitzende die Vorwürfe gegen die deutschen Sicherheitsbehörden als „ungeheuerliche Unterstellungen“ zurückgewiesen. Witthaut: „Polizei und Verfassungsschutz Rassismus oder gar Vertuschung von Straftaten gegen Nichtdeutsche oder Deutsche mit Migrationshintergrund vorzuwerfen, diskreditiert die tägliche mühevolle Arbeit zehntausender Frauen und Männer in beiden Instituti-

onen, die innere Sicherheit zu gewährleisten und Angriffe gegen die Verfassung Deutschlands abzuwehren.“ Derartige Rundumschläge gegen die Beamtinnen und Beamten seien der durchsichtige Versuch, die Verantwortung auch von denen abzulenken, die in den Jahren der NSU-Morde nicht nur für beide Institutionen, sondern auch für Gesetze, Vorschriften, Personaleinsparungen und Umstrukturierungsorgien im Bund wie in den Ländern Verantwortung getragen hätten.

GdP und ADFC wollen enger kooperieren

Das zunehmend regelignorie Verhalten von Radfahrern war in der jüngeren Vergangenheit des Öfteren Gegenstand massiver Kritik der Gewerkschaft der Polizei. Nun haben sich die GdP und der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club e. V. (ADFC) nach einem intensiven



Bereit für eine engere Kooperation: (v. l.) GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut, ADFC-Rechtsreferenten Roland Huhn und ADFC-Bundesgeschäftsführer Burkhard Stork.

Foto: Rüdiger Holecek

und in einer konstruktiven Atmosphäre geführten Gespräch entschlossen, zukünftig enger zusammen zu arbeiten. Gemeinsames Ziel, so der Bundesgeschäftsführer des ADFC, Burkhard Stork und GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut sei es, die Konflikte zwischen Autofahrern, Fußgängern und der steigenden Zahl an Radfahrern insbesondere in den

Ballungsräumen zu entschärfen. Zudem solle der Anstieg der Verkehrsunfälle gestoppt werden, bei denen Radfahrer getötet oder schwer verletzt werden. Die Verkehrspolitik, so zeigten sich beide einig, müsse sich stärker dem Zuwachs des Fahrradverkehrs stellen.

Der zahlenmäßig spürbare Umstieg der Autofahrer auf das Rad sei aus gesundheits- und umweltpolitischen Gründen zu begrüßen, sagte Witthaut. Die Polizei jedoch stelle diese Entwicklung gleichzeitig vor neue Herausforderungen. Die müsse sich nun verstärkt auch auf die Überwachung des Radverkehrs konzentrieren. Es sei dabei hilfreich, betonte der GdP-Vorsitzende, dass immer mehr Polizeibeamtinnen und -beamte freiwillig auf das Dienstrad zu „Fahrradstreifen“ umstiegen, um für die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung auch bei Radfahrern zu sorgen.

An die ADFC-Vertreter appellierte Witthaut: „Von zehn erwachsenen Radfahrern besitzen neun auch einen Führerschein. Als Autofahrer kennen sie die Straßenverkehrsordnung. Sie sollte von

Radfahrern wie natürlich auch Fußgängern verinnerlicht sein.“

ADFC-Geschäftsführer Stork verwies indes auf höchste politische Unterstützung: „Wir freuen uns, dass wir den Bundesverkehrsminister für unsere ‚Rücksicht‘-Kampagne gewinnen konnten. Wir erwarten dadurch auch einen Anstoß für die Kommunen, die Radwegeinfrastruktur auszubauen und an einem radfahrerfreundlichen Klima mitzuarbeiten.“

MiZi



Zu Höherem berufen?

Größ war das Spektrum an Lebensläufen und Perspektiven derjenigen, die sich zu Beginn des Studiums im Oktober 2010 für die erste Präsenzphase zusammenfanden. Aus diesem Grund wurde das erste Jahr des Masterstudienganges auch in den einzelnen Bildungseinrichtungen der jeweiligen Länder bzw. des Bundes unterrichtet. Unter einem einheitlichen Studienplan konnte auf diese Weise den besonderen Bedürfnissen der Polizeien Rechnung getragen werden. So bildete unter anderem die Verkehrslehre einen Bereich, in dem Vorwissen und Interessen von Studierenden des BKA und der Bundespolizei anders gelagert waren, als bei den Kollegen aus den Ländern.

Verbindendes Element

Der Kompromiss einer einheitlichen Ausbildung für alle Angehörigen des höheren Polizeivollzugsdienstes und der gebührenden Berücksichtigung der Interessen der einzelnen Dienstherren war die größte Herausforderung für die Studienorganisation. Es war allerdings ein verbindendes Element und prägend für das Bewusstsein aller Absolventinnen und Absolventen, dass ausnahmslos jede Generation von Polizeiführerinnen und -führern durch die Hallen der DHPol gegangen ist, die bis 2006 unter dem Namen Polizei-Führungsakademie firmierte. Die zuständigkeitsübergreifenden Verbindungen, die hier geknüpft werden, halten manchmal ein Leben lang und haben schon so manchen Einsatzerfolg gesichert.

Von zentraler Bedeutung war der besondere Charakter der Ausbildung, die sich von den anderen Laufbahnen dadurch deutlich unterscheidet, dass es ein modularisiertes Hochschulstudium ist, an dessen Ende seit 2004 ein Masterabschluss steht. Im Vergleich mit anderen polizeilichen Bildungseinrichtungen war an der DHPol sowie bei den Lehrenden – eine Mischung von Professoren und Polizeipraktikern – ein besonderer Geist spürbar. Ein tragendes Element der Hochschule, bei welchem die Studierenden leider noch wenig Beteiligung fanden, ist in diesem Zusammenhang auch die Initiierung von Forschungsprojekten, wie sie etwa im Bereich von EDV gestützter Simulation für die Polizeiausbildung oder zur Sicherheit bei Großveranstaltungen vorangetrieben wird. Diese Verknüpfung von Forschung

Am 21. September 2012 wurden 123 Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) gemeinsam in die Laufbahn des höheren Polizeivollzugsdienstes verabschiedet. In Münster-Hiltrup fanden unter musikalischer Begleitung des Polizeiorchesters Mecklenburg-Vorpommern und mit der Festrede des Vorsitzenden der IMK, Lorenz Caffier, Innenminister in Mecklenburg-Vorpommern, zwei Jahre Hochschulstudium ihr feierliches Ende. Für viele Kollegen war dieser Anlass aber auch der Ausklang einer deutlich längeren Bewährungszeit. In einigen Bundesländern bildet das Hochschulstudium an der DHPol den Schlussakt einer mehrjährigen Verwendungsvorbereitung.

und Lehre, sowie die Angleichung an gesamteuropäische Ausbildungsstandards erscheinen aus vielerlei Gründen sinnvoll:

Zunächst ist der neue Masterabschluss schlichtweg eine Frage der Legitimation der Absolventen im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs. Zu vielen Themen, die derzeit in Politik und Medien präsent sind, wie beispielsweise Terrorismus, Amok oder Integrationsförderung, hat die deutsche Polizei etwas beizutragen. Um nicht nur als Anwender von Technik und Denkmodellen zu dienen, sondern sich frühzeitig und auf Augenhöhe in diese Fragestellungen einbringen zu können, bildet der Abschluss an der Deutschen Hochschule der Polizei eine wesentliche Zugangsvoraussetzung.

Etablieren der Polizeiwissenschaft

In der Laufbahnausbildung befanden sich auch einige Kollegen, die zuvor ein



Spende für den Opferschutz: (v. l.) Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier (IMK-Vorsitzender 2012), Wolfgang Feldmann (Weißer Ring Münster), Steve Alter (Sprecher des Studiengangs). Foto: Herbold/DHPol



Studium der Rechts- oder Sozialwissenschaften absolviert hatten. Die mangelnde praktische Erfahrung auf der einen Seite schärfte andererseits den Blick für die Übertragbarkeit von akademischen Schlüsselqualifikationen in Führungsbefähigung. Ob Referat oder Lagevortrag, Hausarbeit oder Präsidialvorlage, im Wesentlichen kommt es darauf an, Kerninformationen zu erfassen und in abstrakter Weise aufbereiten zu können.

Ein weiteres Kernanliegen der Hochschule ist die Etablierung einer Polizeiwissenschaft. Dies schlug sich auch an vielen Stellen in der Ausbildung nieder. So war man bemüht, in allen Modulen von Verkehrs- bis Führungslehre und von Betriebswirtschaft bis Kriminologie den polizeiwissenschaftlichen Bezug deutlich herauszustreichen. Ein allgemein anerkannter akademischer Abschluss für alle Polizeiführer des höheren Dienstes scheint in diesem Sinne die einzige Lösung, um die derzeit an der DHPol herrschende Dualität von professoralem und polizeilichem Lehrkörper langfristig zusammenzuführen. Im Umkehrschluss können nur auf diese Weise polizeilich relevante Themen, wie beispielsweise Panikforschung oder Mitarbeiterführung, in enger Kooperation mit anderen Hochschulen auch polizeilich besetzt werden.

Für die Absolventen, die fast ausnahmslos langjährige Dienst Erfahrung in unterschiedlichen Verwendungen ansammeln konnten und teilweise ihren Einstieg im mittleren Dienst hatten, waren die vergangenen zwei Jahre durch Unterrichtsräume, Debatten und Theorie geprägt. Abgesehen von kurzen Einsatzhospitationen und einem Praktikum in einer benachbarten Behörde waren kaum praktische Unterrichtsanteile im Studium enthalten. Dies bildet auch den essentiellen Unterschied zu der Vorbereitung auf die anderen beiden Laufbahngruppen, denn hier soll erfahrenen Beamten eine neue Perspektive eröffnet und zusätzliches theoretisches Rüstzeug mit auf den Weg gegeben werden.

Bezug zur Praxis

Während des Studiums wurde immer wieder der Bezug zur Praxis hergestellt. Nicht zuletzt durch die vielen Gastreferenten, die zu unterschiedlichen Anlässen von ihren Erfahrungen berichteten. Von aktuellen Führungsherausforderungen jüngerer Angehöriger des höheren Dienstes über bewegende Schilderungen aus der direkten Konfrontation mit Amoktättern bis hin zu Auslandsmissionen war



Zum Autor:

Dipl. Soz. Gerhard Weitkunat M.A. ist Polizeirat und Leiter Lehrbereich des Bundespolizei Aus- und Fortbildungszentrums Eschwege. „Terrorismus im Fokus soziologischer Theorieparadigmen“ war das Thema seiner Diplomarbeit, die er 2009 an der Universität Hamburg schrieb. Die Masterarbeit (2012) an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) behandelte das Thema „Grenzpolizei mit globalisiertem Lagebild – „Human Security Now“ als Strategie gegen irreguläre Migration“. Der Aufsatz „Terrorismus als sozialwissenschaftliches Erklärungsproblem“ erschien in „Neue Sicherheit Band 1: Theorie der Sicherheit 2011“.

ein breites Spektrum vertreten. Wichtig war hierbei die Offenheit der Kollegen und die Bereitschaft, „die Neuen“ auch von den eigenen Fehlern lernen zu lassen. Besonders interessant war ebenso, dass gleichfalls nichtpolizeiliche BOS sowie die Bundeswehr durch Vorträge vertreten waren. Diese Studienanteile bildeten ein entscheidendes Gegengewicht zu den abstrakten Unterrichtseinheiten beispielsweise in polizeilicher Führungsethik oder dem Rechtskundeunterricht.

Planspiele in virtueller Dienststelle

Im Verlauf der vergangenen zwei Jahre wurden die Anwärter für den höheren Dienst mit einer Vielzahl prägender Situationen konfrontiert. Angefangen bei den ersten gemeinsamen Übungen im Projektmanagement bis hin zu einer groß angelegten Stabsrahmenübung in Kooperation mit der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz. Planspiele in einer virtuellen Dienststelle bereiteten auf komplexere Führungssituationen vor. Einen krönenden Abschluss vor der Masterarbeitsphase bildete die Auslandsstudienfahrt zu den Polizeien anderer Länder, wie beispielsweise Frankreich, Russland, den USA oder gar Israel. Nicht zuletzt war die dreimonatige Fertigung der Masterarbeit für viele ein herausfordernder Abschnitt in der bisherigen Karriere.

Die Freizeitgestaltung und das gemeinsame „Studentenleben“ hingen –

wie an jeder anderen Hochschule – von der Eigeninitiative der Lerngruppen und Landsmannschaften ab. Von Tanzunterricht über eine gemeinsame Band („The real Police“) bis hin zur Verkostung von Senf und Bunkerbesichtigung war der Kreativität kaum eine Grenze gesetzt. Auch diese Aspekte, gerne als „Networking“ bezeichnet, dürfen keinesfalls unterschätzt werden. Hier wurden nicht nur die Grundlagen gelegt für das, was unter umfassender Bildung verstanden wird, so mancher „kurze Dienstweg“ hat sicherlich auf diese Weise an der DHPol seinen Anfang genommen.

Soziale Verantwortung

Ein weiteres wichtiges Pfund der DHPol waren die vielfältigen Möglichkeiten der studentischen Beteiligung an der Hochschulpolitik – von Senatsmitarbeit bis hin zur Mitwirkung bei der Personalauswahl. Auch an dieser Stelle konnten erste Erfahrungen im Umgang mit Gremienarbeit und den Arbeitsformen des höheren Dienstes gesammelt werden. Die Studiengemeinschaft der diesjährigen Laufbahnabsolventen hatte sich aber nicht nur auf diesen Feldern durch ein besonderes Engagement ausgezeichnet. Bei all dem Studieren war die soziale Verantwortung nicht in den Hintergrund getreten. Spenden für im Dienst verletzte Kollegen und deren Angehörige sowie für den Weißen Ring belegen diese Einstellung. Auch dies ging maßgeblich auf den Studiengangssprecher Steve Alter zurück, der es immer wieder verstand, die Interessen der Studierenden und der DHPol zusammen zu bringen.

Richtiger Weg

Der Weg, den die Polizeien des Bundes und der Länder mit der DHPol eingeschlagen haben, erscheint aus Sicht eines Absolventen, der zuvor ein Hochschulstudium außerhalb der Polizei durchlaufen hat, als die konsequente Antwort auf die Anforderungen der Bildungsgesellschaft. Vergleicht man unsere Ausbildung mit den Strategien der europäischen Nachbarn, erscheint die Deutsche Hochschule der Polizei als der richtige Weg. In dieser Institution kann man den praktischen Wurzeln des Polizeiberufes und den theoretischen Anforderungen einer akademischen Ausbildung Rechnung tragen, ohne den Vergleich mit dem Ausland scheuen zu müssen. Dies zeigt sich unter anderem bei Besuchen benachbarter Be-



hören, supranationalen Veranstaltungen von CEPOL oder bei europaweiten Ausschreibungen von Europol.

Ziele noch nicht alle erreicht

Die angestrebten Ziele sind jedoch noch lange nicht alle erreicht. Viele Stolpersteine zeigen sich im täglichen Kleinklein der Ausbildung. So ist es bisher noch nicht gelungen, das Studienangebot soweit zu flexibilisieren, dass dem einzelnen Studierenden eine gewisse Schwerpunktsetzung ermöglicht wird, wie sie für jeden Studenten an einer freien Uni selbstverständlich ist. Ebenso wird vom Lehrpersonal zu wenig das Potential abgeschöpft, welches in den Zuhörerreihen versammelt ist. Die Arbeitsmotivation und das Fachwissen, welches an anderen

Hochschulen Begeisterung in der Dozentenschaft hervorrufen würde, könnte wesentlich mehr über Seminarstrukturen in die Unterrichtsgestaltung eingebunden werden. Dies würde nicht zuletzt die Fertigkeit schärfen, in einem zunächst unbekanntem Thema schnell sprechfähig zu werden.

Alte Denkmuster

Aus Absolventensicht scheint entweder der Mut zu konsequentem Vertrauen in die Eigeninitiative und das Selbstmanagement der zukünftigen Führungskräfte zu fehlen, oder bestimmte Rahmenvorgaben sind alten Denkmustern verhaftet geblieben. Anders lassen sich Studienbedingungen, wie beispielsweise Präsenzpflichten oder Prüfungsformen nicht erklären,

die sich nur schwer mit dem Bild eines hochschuladäquaten Masterabsolventen verbinden lassen.

Diese Umstände haben die diesjährigen Absolventen der Laufbahnausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst jedoch nicht daran gehindert, gemeinsam mit den Hochschulangehörigen eine opulente Abschlussfeier auf die Beine zu stellen. Ein vielfältiges Bühnenprogramm der Studentenschaft wurde kulinarisch abgerundet durch die beeindruckende Leistung der Küchencrew, die bewiesen hat, dass mit dem richtigen Etat Sterneköche hinter dem Tresen stehen. Neben der nachmittäglichen Verleihung der Masterurkunden bildete dieser Abend zugleich Ziel- und Startpunkt einer spannenden Laufbahn bei der Polizei.

Gerhardt Weitkunat

Anzeige

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin
Kassel - Bad Wilhelmshöhe.
In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622

Weil **Sicherheit** zu Hause und unterwegs wichtig ist!



Mit dem neuen emporiaCLICK sehen Sie Ihre Familie und Freunde, wann immer Sie wollen. Denn jetzt haben Sie Ihre Lieben stets in der Tasche: als Hintergrundbild, Anrufer-Foto oder einfach als persönliches Fotoalbum. Die integrierte **Notruftaste** garantiert Sicherheit auch unterwegs.

Mehr Informationen unter www.emporia.de

Wir machen Kommunikation einfach.®

Emporia Telecom verlost insgesamt **3 emporiaCLICK** Telefone. Um zu gewinnen, beantworten Sie bitte folgende Frage: **Welche Taste sorgt für Sicherheit?** Die richtige Antwort senden Sie bitte bis zum 16. 12. 2012 an: Gewinnspiel_Emporia@vdpolizei.de

Sollten mehr richtige Lösungen eingehen als Gewinne bereitstehen, entscheidet das Los. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

emporia





BRUNOX®

Waffenpflege ist

- Laufreinigung,
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/ 961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %
Informieren Sie sich! % % %
Telefon: (02207) 76 77 % % %
www.fahrzeugkauf.com



NaturaMed®
Fachklinik

- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

**Ganzheitsmedizinische
Ursachendiagnose**

Psychosomatisches 0 75 24 . 990 - 222
Privatkrankenhaus 88339 Bad Waldsee
beihilfefähig naturamed.de



**TASMANIAN
TIGER**

Erhältlich im gut sortierten Fachhandel.
Händler- und Produktinfos unter:
www.tasmaniantiger.info

Wohnung vorzugsweise an Rentner mit Hund zur Aufsicht von
Parkplatz und Hof in 53797 Lohmar. Tel. 01 71/6 80 82 37

DEUTSCHE HOCHSCHULE DER POLIZEI

Politik soll für Stabilisierung der DHPol aktiv eintreten

Der GdP-Bundesvorstand hat im Sommer 2012 eine Arbeitsgruppe zur Analyse und kritischen Begleitung der Probleme im Zusammenhang mit der bevorstehenden institutionellen Akkreditierung der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) eingerichtet. In der Arbeitsgruppe arbeiten mit: Thomas Kubera und Klaus Welter von der DHPol, Ernst Scharbach und Sabrina Kunz von der GdP Rheinland-Pfalz, Gerhardt Weitkunat als Absolvent des Masterstudiengangs, Friedel Durben vom rheinland-pfälzischem Innenministerium, Markus Hans als Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe der DHPol sowie Oliver Malchow und Hugo Müller vom GdP-Bundesvorstand.

In einem ersten Treffen im September 2012 in der GdP-Bundesgeschäftsstelle in Hilden hat die AG weitere wesentliche Handlungsfelder definiert, die sie in der Folge ebenfalls zum Gegenstand ihrer Betrachtungen machen möchte:

- Deutsche Hochschule Polizei – eine Bund-Länder-Hochschule für alle
- der Masterstudiengang – Evaluierung und Optimierung
- die Finanzgrundlagen der DHPol
- die Forschung der DHPol
- die Personalauswahl an der DHPol – Leitung, Professoren, Dozenten, Fachbereiche

DHPol dauerhaft verankern

In der Akkreditierungsproblematik hat die AG dem GdP-Bundesvorstand als ersten Schritt empfohlen, in einem

kritischen Schreiben die Innenminister und -senatoren deutlich auf die aktuellen Gefahrenpotenziale hinzuweisen und gleichzeitig für einen dauerhaften Bestand der DHPol Position zu beziehen. Doch um was geht es:

Im November 2012 soll die institutionelle Akkreditierung der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster-Hiltrup (DHPol) erfolgen. Neben der Akkreditierung des zweijährigen Masterstudienganges zur bundeseinheitlichen Ausbildung des höheren Dienstes der Vollzugspolizei des Bundes und der Länder (das Akkreditierungssiegel von ACQUIN ist bis 2013 vergeben) sowie der offiziellen Gründung der DHPol im Jahre 2008 auf Basis des Staatsvertrages und Gesetzes über die DHPol vom Jahr 2005 wäre diese institutionelle Akkreditierung ein entscheidender Schritt zur dauerhaften Verankerung der DHPol in der deutschen Hochschullandschaft.

Anzeige

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**POLIZEI
DEIN PARTNER**

Das Präventionsportal
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



www.PolizeiDeinPartner.de

Der Wissenschaftsrat zeichnet für institutionelle Akkreditierungen von Hochschulen – auch privaten – verantwortlich. Er verfolgt hierbei ein Prüf- und Entscheidungsverfahren, dass sich aus dem im Jahr 2010 aufgestellten und allgemein zugänglichen „Leitfaden der institutionellen Akkreditierung“ ergibt. Den abschließenden Entscheidungen des Wissenschaftsrates ist eine intensive Vorprüfung durch einen Akkreditierungsausschuss vorgeschaltet. Im Falle der DHPol dürfte diese Vorprüfung, aufbauend auf einem Selbstbericht der DHPol und einem Gutachterbesuch im März 2012 zwischenzeitlich abgeschlossen sein.

Bei einer antizipierenden Betrachtung der voraussichtlichen Einschätzungen des Akkreditierungsausschusses, also einem seitens der GdP vorweggenommenen Abgleich der Voraussetzungen einer institutionellen Akkreditierung im Sinne des Leitfadens mit der Realität, befürchten





Hugo Müller, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Foto: privat

wir auch kritische Einschätzungen. So dürften beispielhaft Defizite hinsichtlich der Kooperation mit anderen allgemeinen Hochschulen, der Ausübung des Promotionsrechtes, bei der Forschung oder dem interdisziplinären Ansatz, die nicht ausreichend ausgeprägte Internationalisierung beziehungsweise Vernetzung mit europäischen Hochschulen auch außerhalb des Polizeibereichs, die Rolle des Kuratoriums oder die bislang nicht ausreichend entwickelte Vernetzung des

ersten und zweiten Studienjahres und die bisherige Begrenzung auf lediglich einen Studiengang als Kritikpunkte zu erwarten sein.

Von Sinnhaftigkeit überzeugt

Die GdP hat die bisherige Entwicklung der DHPol engagiert und konstruktiv begleitet, an vielen Stellen auch durch fachliche und politische Kontakte und Aktivitäten mit gefördert. Wir waren von der Sinnhaftigkeit der Entwicklung einer DHPol-Struktur unter den Leitlinien des „Bologna-Prozesses“ und der damit verbundenen Definition einer auf einem wissenschaftlichen Studium zum Erreichen eines Master-Grades aufbauenden Ausbildung des höheren Polizeivollzugsdienstes schon immer überzeugt. Nur so findet die tiefgreifende und hochprofessionelle Ausbildung der polizeilichen Führungskräfte ihre logische Einordnung im allgemeinen deutschen und europäischen Bildungssystem, ohne dabei die erforderliche Vernetzung von Theorie und Praxis zu vernachlässigen.

Keinesfalls darf es daher aus Sicht der GdP zu einer wiederkehrenden Debatte über Sinn und Notwendigkeit eines anerkannten Masterstudienganges des höheren Polizeivollzugsdienstes an einer „Polizeihochschule“ kommen. Daher fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, für eine strukturelle und dauerhafte Stabilisierung der Deutschen Hochschule der Polizei aktiv mit einzutreten.

Hugo Müller

FREMDSPRACHEN

Fachwörterammlung in handlichem Format

Die leichte Konversation auf Englisch/Amerikanisch in einer Bodega in Barcelona mit dem Thekennachbarn oder die Verhandlung mit einem römischen Portier über ein ruhiges, klimatisiertes Doppelzimmer mag das Schul- und Alltagsenglisch gerade noch hergeben. Was aber, wenn man im Ausland auf einen Kollegen der Policia Municipal trifft, mit dem man gerne über Schutzgelderpressung und Übermaßverbot diskutieren will? Die „Fachwörterammlung Deutsch-Englisch, Englisch-Deutsch“ mit Übersetzungen und Erläuterungen polizeilicher und militärischer Fachbegriffe der PSW Rheinland-Pfalz GmbH, einer Einrichtung des GdP-Landesbezirks Rheinland-

Pfalz, ist hier ein unverzichtbarer Helfer. Horst Mehlinger, Angehöriger des SEK Rheinland-Pfalz und langjähriger Ausbilder amerikanischer Personenschutz hat auf 265 Seiten alles zusammengetragen und alphabetisch geordnet, was man nicht nur bei gemeinsamen Einsätzen im Ausland braucht, sondern auch im deutschen Polizeialltag. Das Taschenbuch, Eintrittsgeschenk der neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen in Rheinland-Pfalz ist für GdP-Mitglieder zum Vorzugspreis von 5 Euro erhältlich bei der **PSW Rheinland Pfalz GmbH Nikolaus-Kopernikus-Str. 15 55129 Mainz, Telefon: 06131/9600931 E-Mail: psw-rp@gdp-online.de**

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont



Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen
Hochschule Hannover

Chefarzt:
Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leben wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

Kostenträger:

Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666

oder per E-Mail unter: pfkpyrmont@ahg.de

Sie finden uns im Internet unter: www.ahg.de/pyrmont
Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont

Für den bundesweiten Einsatz

NEU

inklusive
jBook
www.jurion.de



Pewestorf / Söllner / Tölle
Praxishandbuch Polizei- und Ordnungsrecht
2012, 740 Seiten, gebunden,
€ 85,-
ISBN 978-3-452-27764-0

Online im Shop bestellen:
www.carl-heymanns.de
Gebührenfreie Bestellhotline:
0800 7763665
Im Buchhandel erhältlich.

Wolters Kluwer | Heymanns
Deutschland



Niedersächsische Polizei gegen Kennzeichnungspflicht

Die niedersächsischen Polizeibesäftigten wenden sich in einer kürzlich durchgeführten Umfrage der GdP fast zu 100 Prozent gegen eine Kennzeichnungspflicht. „Ein deutlicheres Votum gegen derartige Pläne kann es kaum geben“, sagte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff Mitte November 2012 gegenüber der Presse. Hintergrund der Umfrage war ein Gesetzentwurf der Grünen-Landtagsfraktion für ein neues Gefahrenabwehrgesetz, darin auch der Vorstoß zur Kennzeichnungspflicht. Schilff: „Die Grünen setzen sich vielfach für besseren Datenschutz ein, weil es die heutige Technik ermöglicht, personenbezogene Daten wie Namen mit Adressen oder Fotos aus dem Internet zu kombinieren. Doch gerade diese Möglichkeiten können Polizistinnen und Polizisten im Besonderen gefährden.“

Arnold Plickert neuer GdP-Vorsitzender in NRW

Der Erste Polizeihauptkommissar Arnold Plickert ist Mitte November 2012 vom Beirat der GdP NRW einstimmig zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. Der Wechsel an der Vorstandsspitze war erforderlich geworden, weil der bisherige GdP-Vorsitzende, Frank Richter, seit dem 1. November Polizeipräsident in Hagen ist. Richter hatte deshalb Ende Oktober seine Funktionen bei der GdP niedergelegt. Arnold Plickert amtierte bereits seit April 2010 als stellvertretender Landesvorsitzender, seit Dezember 2009 war er zudem Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei. Der 55-jährige Wanne-Eickeler gilt als Teamarbeiter. Zu seinen größten politischen Erfolgen während seiner Zeit als Personalratsvorsitzender gehören die Einführung des betrieblichen Gesundheitsmanagements bei der Polizei, die Ausweitung der Beförderungsmöglichkeiten für Führungskräfte der Polizei und Verbesserungen bei der Ausrüstung.

„Lena-Mord“: Einstellung der Disziplinarverfahren gegen Polizeibeamte gefordert

Nach dem Urteil des Landgerichts Aurich gegen den Mörder der elfjährigen Lena Anfang November 2012 forderte die niedersächsische GdP die umgehende Einstellung der Disziplinarverfahren gegen die Betroffenen bei der Polizei. Strafrechtliche Ermittlungen waren bereits zuvor eingestellt worden. Gegenüber der Presse mahnte Landesbezirksvorsitzender Dietmar Schilff Niedersachsens Innenminister Uwe Schönemann, seine

Äußerungen aus dem Frühjahr 2012, nach denen es im Fall Lena persönliche Verantwortlichkeiten von Polizisten gegeben habe, zurückzunehmen. Schilff: „Die Aufarbeitung der innerdienstlichen Strukturen, die Auseinandersetzung mit den angeführten Kritikpunkten der Beschäftigten sowie die Diskussion um eine adäquate Personalausstattung, dem Arbeitsdruck und der Altersstruktur auch in den ermittelnden Bereichen, muss nunmehr sachlich und ergebnisorientiert unter Beteiligung der Personalvertretungen und der GdP erfolgen.“

In den Ausführungen zum Urteil hatte das Gericht verdeutlicht, dass auch durch ein früheres Eingreifen der Polizei die Tat nicht hätte verhindert werden können.

GdP warnt vor Überalterung der Polizei

Der GdP-Bundesvorsitzende hat in einem Interview mit der Nachrichtagentur dapd vor einer überalterten Polizei gewarnt. „Wir haben einen erheblich hohen Altersdurchschnitt, den es in den letzten Jahrzehnten in dieser Form nicht gegeben hat“, sagte Witthaut Anfang November der dapd. In den Bundesländern sei ein Durchschnittsalter der Beamten von 55 Jahren nicht ungewöhnlich. Regelungen wie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit hätten dazu beigetragen, „dass der Altersdurchschnitt nach oben ging“. Zwar würde bis 2021 die Hälfte des jetzigen Personals in den Ruhestand verabschiedet. Die geringen Zahlen der Neueinstellungen würden diese Lücke aber nicht zwangsläufig schließen und zu einer Verjüngung der Belegschaft führen. Witthaut forderte Bund und Länder auf, aktiv zu werden, um die Überalterung zu stoppen. Die Qualität der polizeilichen Arbeit könne andernfalls nicht mehr gewährleistet werden.

Der Gewerkschafter kritisierte zudem die vor allem im technischen Bereich fehlenden Weiterbildungsmöglichkeiten für lebensältere Polizisten. Das betreffe vor allem die sogenannten Internet-Straftaten. Manche Bundesländer, so Witthaut, warteten dabei auf die Polizisten der jüngeren Generation, die das „einfach können“. Eine zentrale Strategie, den Ausbildungsstand für die Gruppe der 40- bis 60-Jährigen zu verbessern, gebe es aber nicht. Die älteren Kollegen müssten sich das alles selbst beibringen.

Unfreiwillige Sonderopfer durch verspäteten Haushalt passe

8,3 Millionen Euro seien nach Berechnungen der GdP NRW den Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr verloren gegangen, weil

ihre Beförderungen wegen der im März 2012 gescheiterten Abstimmung über den Landeshaushalt bislang nicht ausgesprochen werden konnten. Die GdP dränge darauf, so der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert, dass der immer noch nicht vom Landtag verabschiedete Haushalt jetzt zeitnah verabschiedet werde. Begrüßt hat die GdP NRW daher die Entscheidung des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs zur fristgerechten Einbringung des Landeshaushalts. „In den vergangenen Jahren haben die Beschäftigten des Landes immer wieder ein unfreiwilliges Sonderopfer erbracht, weil ihre längst zugesagte Beförderung wegen der verspäteten Verabschiedung des Landeshaushalts verschoben werden musste. Mit dieser unseligen Praxis ist jetzt endlich Schluss!“ betonte Plickert nach der Urteilsverkündung Ende Oktober.

Mehr Sonderurlaub für Alleinerziehende auch bei gemeinsamem Sorgerecht

Alleinerziehenden Eltern steht für die Pflege eines kranken Kindes mehr Sonderurlaub zu. Die bisherige Rechtsauffassung des Ministeriums für Inneres und Sport in Mecklenburg-Vorpommern jedoch bezog sich auf Alleinerziehende, die auch das alleinige Sorgerecht inne hätten. Nach Auffassung der GdP-M-V trug diese Regelung dem Kindeswohl nicht ausreichend Rechnung. Faktisch alleinerziehend könne auch das Elternteil sein, dass sich mit dem anderen Elternteil das Sorgerecht teile, argumentierte die GdP. Ein Elternteil sei nämlich dann alleinerziehend, wenn es zusammen mit seinem Kind lebe und für sein Kind auch die Personensorge wahrnehme. In diesem Fall müsse bei Krankheit des Kindes auch der volle Umfang des Sonderurlaubes in Anspruch genommen werden können. Das Schweriner Innenministerium schloss sich der Rechtsauffassung der GdP Mecklenburg-Vorpommern Ende Oktober an und gewährt nun alleinerziehenden Beamtinnen und Beamten bis zu 15 Tage Sonderurlaub bei Krankheit ihres Kindes.

Gerhard Kirsch neuer Hamburger GdP-Chef

Ende Oktober wählte die GdP Hamburg mit Gerhard Kirsch einen neuen Landesvorsitzenden. Die Wahl war notwendig geworden, da Kirschs Vorgänger Uwe Koßel den Vorsitz zu Anfang Oktober niedergelegt hatte. Gegenüber der Presse sagte Kirsch: „Ich bin kein typischer Funktionär, ich komme aus der Mitte der Kollegenschaft und werde das auch nicht vergessen.“ Ein ernstes und dringendes



Anliegen sei ihm die Zusammenarbeit der Berufsvertretungen voran zu bringen. Die Spaltung der Belegschaft nütze nur dem Arbeitgeber. Zudem müssten viele drängende Fragen und Probleme in der Hamburger Polizei geklärt werden. Die Zukunftsfähigkeit der Hamburger Polizei dürfe nicht aufs Spiel gesetzt werden, so der neue Landesbezirksvorsitzende.

GdP Rheinland-Pfalz wehrt weitere Verschlechterungen bei der Polizei ab

100 Einstellungen mehr, den Verfall von älteren Überstunden verhindert: Das sind nur zwei von mehreren für die Polizei guten Ergebnissen eines mit Vertretern der Landtags-Fraktionen, der Landesregierung, des DGB und der GdP besetzten Runden Tisches Ende Oktober in Mainz. GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach bilanzierte: „Die Schuldenbremse steht unverrückbar in der Verfassung. Es ist uns aber gelungen darzustellen, dass die Polizei bereits in den zurückliegenden Jahren erhebliche Einsparungen erbracht hat. „Ein Ergebnis, das sich als Durchbruch bezeichnen ließe, war indes weder zu erwarten, noch zu erreichen gewesen. Dennoch wertete die rheinland-pfälzische GdP die Ergebnisse des Runden Tisches als Erfolg. Die Maßnahmen würden die Personal-Delle abfedern.“

GdP NRW: Section Control könnte Lücke bei Verkehrsüberwachung schließen

Anlässlich des dritten Blitz-Marathons Mitte Oktober hat die GdP NRW für die verbesserte Bekämpfung von Rasern die Einführung der sogenannten ‚Section Control‘ gefordert. Dabei werde die Durchschnittsgeschwindigkeit der Fahrzeuge auf einem bestimmten Streckenabschnitt gemessen. Ein höherer Kontrolldruck führe zu einer nachhaltigen Verringerung der Zahl der Verkehrsunfälle, doch könne die Polizei nicht überall sein, wo es notwendig wäre, sagte der stellvertretende GdP-NRW-Vorsitzende Arnold Plickert angesichts zunehmend weniger Personalressourcen bei der Polizei. Plickert: „Durch Section Control könnte die Polizei Raser auch dort aus dem Verkehr ziehen, wo herkömmliche Blitzer versagen, zum Beispiel in Autobahnbaustellen und in Tunneln.“ Die GdP forderte die Landesregierung auf, sich im Bund nachhaltig für die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Nutzung von Section Control einzusetzen.

GdP Berlin besteht auf flächendeckender Ausstattung mit Schutzwesten

Die Schutzweste habe, so der Berliner GdP-Landesvorsitzende Michael Purper

in einem Brief an Berlins Innensenator Frank Henkel Mitte Oktober, schnellstmöglich zur Mannausstattung zu gehören, für die der Senator für Finanzen die erforderlichen Haushaltsmittel zusätzlich zur Verfügung stellen müsse. Damit wäre auch gewährleistet, dass den zusätzlich eingestellten 250 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten Schutzwesten zur Verfügung stünden.

Fachleute der Polizei beklagten, so Purper gegenüber Medienvertretern, die unzureichende Ausstattung mit Schutzwesten. Im laufenden Jahr habe die Polizeibehörde 250 Schutzwesten erworben. In den Jahren 2013 und 2014 würden Mittel für jeweils 200 Schutzwesten zur Verfügung stehen. Womöglich würden die Kontingente – je nach Haushaltslage – noch auf jeweils bis zu 400 Westen aufgestockt. Purper mahnte, dass für die vom Berliner Senat beschlossenen 250 zusätzlichen Polizeivollzugsbeamten erst 80 Schutzwesten finanziert seien.

GdP Bremen: Polizisten sind nicht nur Kostenstellen

Heftigen Gegenwind entfachte die GdP Bremen angesichts der offensichtlichen Absicht des Senates der Hansestadt, die Gehälter der Polizistinnen und Polizisten zu kürzen. Die Kolleginnen und Kollegen hätten bereits seit 1998 einen Lohnverlust von 17 Prozent hinnehmen müssen, über 70 Prozent aller Polizeibeamten würden unter dem Wert ihrer Stellen bezahlt, so die GdP Mitte Oktober gegenüber der Presse. Der Bremer GdP-Vorsitzende Horst Göbel sagte: „Mit einer Eigenbeteiligung bei der Freien Heilfürsorge wird der prozentuale Gehaltsverlust noch weiter gesteigert. Senator Mäurer hat nicht den Mut, der Finanzsenatorin die Stirn zu bieten und das abzulehnen. Er hat auch nicht den Mut, wie andere Ressorts auch, Stellen zu streichen und den Bürgern zu erklären, dass damit die Stadt wieder ein Stück unsicherer wird. Er geht lieber den Weg des nach Ansicht des Arbeitgebers geringsten Widerstandes und lässt es zu, dass denen in die Tasche gegriffen wird, die den Kopf hinhalten und sich vermeintlich nicht wehren können.“ Polizisten, so mahnte Göbel, seien mehr als nur Kostenstellen.

Videoüberwachung kein Allheilmittel

Der tragische Tod eines 22-Jährigen, der auf dem Berliner Alexanderplatz von einer Gruppe junger Männer so schwer zusammengeschlagen wurde, dass er wenig später verstarb, hat die Debatte um eine verstärkte Videoüberwachung gefährlicher Orte erneut angefacht. Bun-

desinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich sprach sich Ende Oktober in der „Welt am Sonntag“ dafür aus, „dass an Plätzen oder Straßen, an denen es auffällig viel Kriminalität gibt, mehr Kameras installiert werden“. Gewalttäter wüssten so, dass sie gefilmt werden. Videoüberwachung könne dazu beitragen, dass die Kriminalität zurückgehe. Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Hartmann, hielt dagegen: Mehr Videoüberwachung führe nicht zu mehr Sicherheit, wohl aber zu einem Gefühl der totalen Überwachung. Die Videoüberwachung sei kein Allheilmittel, sagte die GdP. Die visuelle Aufzeichnung von Straftaten erleichtere der Polizei zwar die Ermittlung der Täter, doch sei die Tat trotzdem geschehen und Opfer zu beklagen. Es sei zweifelhaft, so GdP-Bundesvorsitzender Witthaut, dass die Abschreckung der Videoüberwachung ausreiche, um der Gewalt den entscheidenden Riegel vorzuschieben. Er forderte eine stärkere Polizeipräsenz an Orten, wo es häufig zu Gewalttaten kommt. Das sei wirksamer als die elektronische Linse.

Steuerliche Anreize zum besseren Schutz der Wohnung gefordert

Angesichts der steigenden Zahl von Wohnungseinbrüchen hat die GdP bessere steuerliche Anreize zur Sicherung der eigenen vier Wände gefordert. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut sagte der Tageszeitung „Die Welt“: „Während Vermieter Investitionen in die Sicherheit ihrer Wohnungen bei der Steuererklärung absetzen können, bleiben die Besitzer von Eigenheimen weitgehend auf den mitunter hohen Kosten sitzen.“ Auch die Einführung eines Einbruchschutz-Förderprogramms mit zinslosen zweckgebundenen Darlehen sei durchaus vielversprechend. Bundesinnenminister Friedrich und Niedersachsens Innenminister Schünemann hatten Ende Oktober in Berlin die bundesweite Kampagne „K-EINBRUCH“ vorgestellt. Die Politik reagiere jetzt reichlich spät, zeigte sich Witthaut kritisch. Das gelte auch für das angekündigte bundesweite Lagebild zum Wohnungseinbruchdiebstahl. Es sei zwar gut, wenn die Politik zu Beginn der dunklen Jahreszeit darauf aufmerksam mache, Türen und Fenstern besser zu sichern, doch hätten die Steuerzahler einen Anspruch darauf, dass die Polizei auch in der Fläche mehr Präsenz zeige. Zumindest Minister Schünemann zeigte sich einsichtig. Vor der Berliner Bundespressekonferenz sagte er, dass eine weitere Polizei-Reduzierung nicht mehr verantwortbar sei. **Michael Zielasko**



Nur für GdP-Mitglieder: Advocard-Verkehrs- Rechtsschutzversicherung

Günstiger als alle geprüften Anbieter im Finanztest 07.2012:

Schon ab 55 € im Jahr!



Zur Absicherung u.a. als

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

Wahlweise als Single Tarif (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als Familien/Partner Tarif.

Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den Advocard Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall
- Grundsätzlich keine Prüfung der Erfolgsaussichten
- Keine Wartezeit
- Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02

Bitte einsenden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, z. H. Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, **schneller geht's per Fax: 0211 / 710 42 72**

Name, Vorname	<input type="text"/>		
Straße, Haus-Nr.	<input type="text"/>		
PLZ	<input type="text"/>	Wohnort	<input type="text"/>
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	<input type="text"/>	GdP-Mitgliedsnummer	<input type="text"/>
Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners	<input type="text"/>	E-Mail	<input type="text"/>

Ich wünsche ab

(frühestens einen Tag nach Eingang bei Advocard oder der OSG)

den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz

verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH (§18 ARB 2011)

Versicherungssumme: 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **55,00 €***

Familien/Partner Tarif jährlich **76,70 €***

Vorversicherung nein ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom Versicherungsnehmer Versicherer

Datum
(TT.MM.JJJJ)

Unterschrift

Einzugsverfahren

Die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH wird widerruflich ermächtigt, bei Fälligkeit den Betrag zu Lasten des nachstehenden Kontos einzuziehen.

Geldinstitut

BLZ

KTO

Kontoinhaber (wenn nicht Antragsteller)

Datum
(TT.MM.JJJJ)

Unterschrift
des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mir ein Angebot zum Privat- und Wohnungsrechtsschutz.

* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.



Radio-Feature porträtiert deutschen Polizeiausbilder in Afghanistan

Das ARD radiofeature „Der Schutzmann in Kabul: Anspruch und Wirklichkeit der deutschen Polizistenausbildung in Afghanistan“ wirft einen Blick hinter die Kulissen der deutschen Polizeiarbeit in Afghanistan: ARD-Autor Thilo Guschas begleitete einen Polizisten aus dem bayerischen Kulmbach, der sich freiwillig für den Einsatz am Hindukusch gemeldet hat. Der Beitrag sowie weitere Hintergrundinformationen sind seit Ende Oktober 2012 als Download und Podcast unter der Interadresse www.radiofeature.ard.de für ein Jahr lang verfügbar.



Neben dem von Radiojournalist Thilo Guschas portraitierten Polizeibeamten kommen auch deutsche Missionschefs, afghanische Parlamentarier, internationale Journalisten und niederländische Ermittler in dem Feature zu Wort. Und das zwischen Lehrgängen, Bazar-Besuchen und Selbstmordattentaten. So war wenige Wochen

vor der Ankunft des Kulmbacher Beamten die militärische Wohnanlage, in der die Ausbilder untergebracht sind, angegriffen worden, mutmaßlich von Mitgliedern der Taliban. Selten, so die ARD, war zuvor im deutschen Radio aus der Nähe so viel über die Polizei in Afghanistan und die Arbeit der Ausbilder in Kabul zu hören.

Die seit Januar 2010 ausgestrahlte Sendereihe ARD radiofeature, erläuterte der Pressedienst, lege den Fokus auf investigativ-journalistische Produktionen. Zu hören ist das radiofeature auf den Wort- und Kulturwellen BR 2, hr 2-Kultur, SR 2 Kultur-Radio, SWR2, NDR Info, Nordwestradio und WDR 5. **MiZi**

BUNDESTREFFEN POLIZEIBIKER

Polizeibiker – Spende an Kinderhospiz

Die Interessengemeinschaft motorradfahrender Polizeibeamter spendete 1.967 Euro an das Kinderhospiz Sterntaler. Die sogenannten Polizeibiker sammelten diesen Betrag bei ihrem zweiten Bundestreffen, zu dem die fast 1.500 Mitglieder eingeladen worden waren. Anfang 2010 wurde das die auf dem Internetforum www.polizeibiker.com basierende Gemeinschaft gegründet, die Mitgliedschaft ist ausschließlich für Polizeibeamte, pensionierte Polizeibeamte oder Angestellte der Polizei möglich. Bei den jährlich stattfindenden Bundestreffen werden Spenden für einen gemeinnützigen Zweck gesammelt, wobei bei der Auswahl der zu fördernden Projekte vor allem die für hilfsbedürftige Kinder im Fokus stehen. So pflegt Sterntaler lebensbegrenzt erkrankte Kinder und begleitet sie und unterstützt deren Familien. Mit dem Erlös wurde dem Kinderhospiz in Dudenhofen bei dem Ausbau der Pflegemöglichkeiten geholfen: statt den bisher drei wird es in einem Neubau zwölf Pflegeplätze geben. Im nächsten Jahr soll die Spende der Polizeibiker an die Kinderkrebstation des Universitätsklinikums Lübeck gehen. **Svea Schürumpf**



Bei ihrem 2. Bundestreffen konnten die Polizeibiker 1.967 Euro für das Kinderhospiz Sterntaler sammeln. Foto: Polizeibiker



Rot-rotes Streichorchester provoziert Gottes Zorn

Brandenburgs Standesbeamte werden künftig alle Hände voll zu tun haben, wenn die sich in Potsdam versammelten über 3.000 Demonstranten von Polizei, Feuerwehr, Justiz, Bildung und Erziehung dem Aufruf des Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Andreas Schuster, folgen, möglichst rasch zu heiraten. Grund dieser ungewöhnlichen Gewerkschaftsforderung: Brandenburgs rot-rote Landesregierung plant im öffentlichen Dienst nicht nur einen drastischen Stellenabbau, sondern hat einen ganzen Katalog an Kürzungen und Verschlechterungen in der Schublade, darunter die Streichung des Verheiratetenzuschlags.

Bei dem Mitte November 2012 erfolgten Aufruf zur Massentrauung entgleisten Brandenburgs Innenminister Dr. Dietmar Woidke (SPD) auf der machtvollen Demonstration seiner Landesbediensteten vor dem Landtag in Potsdam zum ersten Mal die Gesichtszüge. Auf Druck der GdP

konnte eine Besitzstandswahrung für derzeit Verheiratete gegen die Kürzungsmaßnahme durchgesetzt werden, die am 1. Juli nächsten Jahres in Kraft treten soll. Daher der Rat des GdP-Landeschefs an die aufgebrachten Demonstranten, schleunigst unter die Haube zu kommen.

Mannhaft durchstand der Innenminister auf der Bühne hinter dem GdP-Landesvorsitzenden dessen mit Zahlen und Daten gespickte Liste an Vorwürfen gegen die Landesregierung, was ihm zumindest den Respekt der Demonstranten einbrachte. Als Schuster am Schluss seiner engagierten Rede auch noch eine der großen Kirchen als Zeuge für die arbeitnehmerfeindlichen Beschlüsse der rot-roten Landesregierung bemühte, dürfte für den Sozialdemokraten vollends das Weltbild ins Wanken geraten sein.

Die geplante Aufhebung der besonderen Altersgrenze ignorierte die besonderen physischen und psychischen Belastungen der Polizeibeschäftigten, so Schuster. Er berief sich auf den evangelischen Landespfarrer für Polizeiseelsorge, Sven Täuber, der jüngst mit einem Gedenkgottesdienst für die im Dienst ums Leben gekommenen Polizisten, Feuerwehrleute und weiteren Rettungskräften in der Potsdamer Sankt-Nikolai-Kirche von sich reden machte.

Unter den rund 8.600 Polizeiangehörigen im Land liegt die Sterberate nach Einschätzung des Seelsorgers fast dreimal so hoch wie beim Durchschnitt der Bevölkerung. „Eine Heraufsetzung des



Rentenalters wäre unmenschlich.“, so Täuber. „Spätestens ab 60 geht es mit der Gesundheit dramatisch nach unten.“

Die rot-rote Landesregierung wird es sich genau überlegen müssen, ob sie mit ihrem drastischen Personalabbau bei der Polizei des Landes, die schon jetzt die zweitschlechteste Besoldung bundesweit



DEMONSTRATION

beklagt, so weitermacht, die Lebensarbeitszeit heraufsetzt, das Weihnachtsgeld ersatzlos streicht und eine Palette von Kürzungen in der Besoldung und der Versorgung vornehmen will.

Immerhin haben ihr nicht nur über 3.000 Demonstranten in Potsdam lautstark dazu ihre Meinung gesagt und die Gewerkschaft der Polizei ihren erbitterten Widerstand angekündigt.

Sie wird es sich auch noch mit einer ungeahnten Zahl künftiger Ehefrauen verscherzen – und mit dem lieben Gott.

Rüdiger Holecek



Über Stunden lief am 14. November 2012 in der Potsdamer Innenstadt nichts mehr.

„Mit Rot/Rot zur roten Laterne“ und „Herr Platze, was tun Sie für Ihre Polizei?“ war auf den für die Landesregierung wenig schmeichelhaften Transparenten zu lesen. Auch der Weihnachtsmann machte mit.

Umrahmt von GdP-Landeschef Andreas Schuster und dem GdP-Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut stellte sich Brandenburgs Innenminister Dr. Dietmar Woidke (SPD) dem geballten Unmut der über 3.000 Demonstranten.

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut erinnerte die Demonstrationsteilnehmer in Potsdam daran, dass sie nicht allein auf der Straße sind. Zeitgleich gehe eine Welle des Protests, aber auch der Solidarität durch Europa, so Witthaut.

Fotos (7): Holecek



Die 13. Bundesseniorenfahrt der GdP führt in die eindrucksvolle Landschaft Andalusiens



Ein Blick in die Hotelanlage Valentin Sancti Petri ****.

Foto: JAHN Reisen

Den Reiz einer Reise nach Andalusien macht die perfekte Kombination aus Sonne, Strand und Meer, eindrucksvollen Landschaften, uralten Traditionen und die herzliche Gastfreundschaft aus. Nicht von ungefähr kommt der Wunsch, nach dem Erfolg in 2010, auch in 2013 im Rahmen der Bundesseniorenfahrt an die berühmte Costa de la Luz – der „Küste des Lichts“ – zu reisen.

Lassen Sie sich erneut verzaubern während unseres vierzehntägigen Aufenthaltes vom Ambiente und Service des 4* Hotels Valentin Sancti Petri, das in einer beliebten Urlaubszone mit einem schönen, kilometerlangen, von Dünen umsäumten Sandstrand liegt. Das im Kolonialstil errichtete Hotel bietet zahlreiche Möglichkeiten der perfekten Freizeitgestaltung. Vielfältige gastronomische Angebote im Hotel und im ca. 6 km entfernten Ort Chiclana, sowie Spielezimmer, Internetraum, zwei große Pools, Liegeterrasse, Fitnessraum, das Panorama-Hallenbad und Tischtennis (alles ohne Gebühr) stehen unseren Gästen zur Verfügung. Gegen Gebühr gibt es Fahrradverleih, Billard und Golfplätze. Wer sich richtig verwöhnen lassen will findet hingegen im Vital-Spa Center das

passende Angebot. Zudem lädt das landschaftlich schöne Umland zu zahlreichen attraktiven Ausflügen ein.

Unsere Leistungen:

- Hotel Valentin Sancti Petri ****
- 14 Übernachtungen mit All inklusive (AI) Verpflegung
- einheimische alkoholische und alkoholfreie Getränke im Rahmen des All-inclusive-Angebots (AI), an den AI-Bars während deren Öffnungszeiten
- Rail & Fly der Deutschen Bahn, 2. Klasse
- Flug ab Deutschland
- Transfer Flughafen-Hotel-Flughafen
- örtliche deutschsprachige Reiseleitung
- Betreuung durch das GdP-Team
- GdP-Abend

Preis: ab 1.249 Euro p. P. im ½ DZ mit AI

Darf es etwas mehr Andalusien sein?

Gerne bieten wir Interessierten die Möglichkeit andalusische Impressionen auf einer 8-tägigen Rundreise zu erleben. Wir starten am 20. September 2013 in der

berühmten Sherry-Metropole Jerez de la Frontera. Nach dem Besuch einer Sherry-Weinkellerei und der Königlich Andalusischen Hofreitschule geht es weiter in die Hafenstadt Cádiz, der ältesten Stadt Europas, und dann an die einzigartige Costa de la Luz. Tag Zwei beginnt mit dem Besuch der römischen Ruinenstadt „Baelo Claudia“ von wo aus die Mauren mit der Eroberung der Iberischen Halbinsel begonnen haben. Mit Blick auf den berühmten britischen Affenfelsen von Gibraltar und Fahrt mit dem Triebwagen des Andalucía-Express auf der 1893 eröffneten eingleisigen Strecke geht es von Algeciras nach Ronda, einer der schönsten und ältesten Städte Spaniens. Hier in der ältesten Stierkampfarena Spaniens soll die Geburtsstätte des Stierkampfes sein. Die zweite Nacht verbringen Sie an der Costa del Sol, von wo es am

nächsten Morgen weiter geht nach Málaga, der berühmten Stadt des Jet-Sets und Wohnort Pablo Picassos. Über das „Weiße Dorf“ Nerja führt die Reise entlang der landschaftlich reizvollen Costa Tropical nach Almuñécar, wo Sie in der „Venta Luciana“ ein Barbecue mit Bier, Wein und Sangria genießen werden. Anschließend nach einer Fahrt durch die Berglandschaft der Alpujarra erreichen Sie Granada, wo Sie die Nacht verbringen. Der nächste Tag ist ganz der faszinierenden orientalisches anmutenden Stadt mit ihren historischen Bauten und der spektakulären Alhambra gewidmet. Genießen Sie am fünften Reisetag ihren Aufenthalt in Córdoba inklusive eines Besuchs des jüdischen Viertels und der Mezquita, der ehemaligen Hauptmoschee (heute eine Kathedrale) bevor Sie zum Abend in der maurischen Königsstadt Sevilla ankommen. Erleben Sie tags drauf die „schönste Stadt Andalusiens“ bei einer Stadtführung entlang der wichtigsten Sehenswürdigkeiten und nutzen Sie den Nachmittag für eigene Erkundungen, bevor es zurück nach Jerez de la Frontera geht, dem Schlusspunkt Ihrer Busrundreise.

Heinrich Senkowski



ANKÜNDIGUNG

Bei Interesse fordern Sie Informationen und den Anmeldebogen bitte mit dem nachstehenden Coupon an!

- 1 Woche Rundreise und zwei Wochen Bundesseniorenreise 2013
- 1 Woche Rundreise und eine Woche Bundesseniorenreise 2013
- 2 Wochen Bundesseniorenreise 2013

Per Post:

Name, Vorname

Straße, PLZ, Wohnort

Telefonnummer

Per E-Mail:

E-Mail-Adresse

Unterschrift

**Senden Sie diesen
Abschnitt an
den GdP-Reiseservice:**

**per Telefax: 0211-2910115
oder**

**per Post:
GdP-Service GmbH NRW
Gudastr. 9
40625 Düsseldorf**

Anzeige



*Quelle: CARE Vision Kundenbefragung, Stand Oktober 2011, 12435 Befragte

leh
SEHE DIE WELT
MIT MEINEN
EIGENEN AUGEN

AUGENLASERKORREKTUR
995 Euro *
MAX. PRO AUGE

In 30 Sekunden zu einem Leben ohne Brille –
Vereinbaren Sie jetzt Ihr kostenfreies Infogespräch.

Das Angebot gilt ausschließlich für die Mitarbeiter
der deutschen Polizei.

0800 8888 474 www.care-vision.de
GEBÜHRENFREI

*Preise können gem. GOÄ leicht variieren.
Angebot gültig bis Januar 2013.

CARE VISION
AUGENLASERKORREKTUREN

99 %
WEITER-
EMPFEHLUNGEN



SANTA FU – Heiße Ware aus dem Knast

Seit 2006 läuft in Hamburg das Projekt SANTA FU, eine Private Public Partnership der Hamburger Justizbehörde mit der Ideenschmiede Some-think, der Designagentur Schewestudio und der Firma Markenwerke.

Die Idee: Hamburger Gefängnisse stellen unter dem Markennamen SANTA FU Produkte oder Teile von Produkten her, die die Gefangenen in so genannten „Kreativen Zellen“ selbst mit entwickeln: T-Shirts mit Aufdrucken wie „Schuldig“ oder „Auf Bewährung“, das Pflegeset „Bleib sauber!“ mit echter Knastseife, in Gefängnis-Matratzenstoff gebundene Tagebücher, das Ausbrecher-Spiel ALAARM!, ein Memory mit originalen Tattoos von Gefangenen-Bizeps und vieles Unge-wöhnliches mehr.

Die Pro-dukte wer-den über den Internet-Shop www.santa-fu.de verkauft, sind inzwischen aber auch in di-versen Läden zu haben, u. a. im Hamburger Flughaf.

Ein Teil des Erlöses fließt an die Opfer-hilfsorganisati-on WEISSER RING, die Gefangenen erleben ihre Arbeit dadurch als ein Stück persönlicher Wieder-gutmachung. Weil die interessanten Mitarbeiter an den Produktent-wicklungen außerdem das kreative Den-ken schult und in Verbindung mit den Markterfolgen bei vielen Gefan-genen eine positivere Einstellung zum Arbeiten überhaupt bewirkt, wurde das Projekt 2007 von der Initiative des Bundespräsidenten „Deutschland – Land der Ideen“ preisgekrönt. Wer also zu Weih-

nachten ein originelles Geschenk sucht und gleichzeitig den Weißen Ring und die Resozialisierung von Gefangenen unterstützen will, liegt bei SANTA-FU-Produkten goldrichtig.

Am Anfang wusste niemand, ob die Idee angenommen werden würde, insbesondere da die Produkte manchmal mit schmerzhaft-nachdenklichen Texten versehen sind. Der Ernst des Themen-komplexes von Gefangenschaft, Schuld

bis Japan. Als das japanische Staatsfern-sehen 20 Minuten lang von dem mutigen Hamburger Projekt berichtete, gingen sofort Bestellungen ein, u. a. von Miyuki aus Hokkaido. Jetzt trägt sie ihr „Cap der guten Hoffnung“ und ihr T-Shirt „Lebenslänglich“ auf der Straße, in der Disco – und auf ihrer MySpace-Seite. Den bitterernsten Text zum T-Shirt liebt sie besonders, sie ließ ihn sich extra von einem Freund übersetzen.

In Deutschland hat das Projekt inzwi-schen auch die Unterstützung von Promi-nenten angezogen. So haben Stefan Gwil-dis, Lotto King Karl und weitere Musiker kostenlos Konzerte im Knast gegeben und die Live-Mitschnitte als SANTA-FU-CD herausgebracht. Und Tim Mälzers Mutter hat den Gefangenen geholfen, das erste Knast-Kochbuch zu entwickeln: „Huhn in Handschellen“.

Christa Mälzer war selbst hinter den Mauern, hat mit den Gefangenen geges-sen, hat bei der Auswahl der Rezepte mitgeholfen und sie mit kleinen Tipps versehen. „Im Knast hat man ja nicht viel Freude“ sagt sie. „Darum kochen sich die Gefangenen gern selbst mal was, wenn sie die Kantine satt haben. Oft sind Menschen aus der ganzen Welt um den kleinen Gemeinschafts-herd versammelt, tauschen Rezepte aus, entwickeln neue, improvisieren mit den Zutaten, die sie gerade haben, und veranstalten regelrechte „Partys für den Mund“. Allein schon die Fantasie der Namen: die Friedenspfanne, das Affenbrot, die Kükenbrille, der Dicke Jesus!“ Das Buch, das von dem (inzwi-schen entlassenen) Häftling Sven Brauer liebe- und kunstvoll illustriert wurde, ist ein echter Verkaufserreger im SANTA-FU-Sortiment und in Kombination mit der Kochschürze „Auf Bewährung“ ein ausgesprochen witziges Weihnachtsgeschenk.

Auf der Website finden Sie natürlich noch viel mehr Auswahl. In diesem Jahr ist sogar ein Kalender dazugekommen, mit dem man das ganze Jahr 2013 im Knast zubringen kann – designbewusst. Und es gibt endlich die Möglichkeit zur Einzelhaft für Ihr Handy! Lassen Sie sich gefangen nehmen von der Fantasie dieses ungewöhnlichen Projektes:

www.santa-fu.de

Holger Güssefeld



und dem Leid der Opfer sollte bei aller Originalität nicht ausgeklammert werden. Doch die Marke SANTA FU hat sich nicht nur durchgesetzt, sondern ist in manchen Kreisen regelrecht zum Kult geworden. Der reicht inzwischen schon





Scheidungsklippe Versorgungsausgleich – umfangreiche Gesetzesänderungen –

Nahezu jede zweite Ehe von Polizeibeamten wird geschieden. Dabei ist vielfach der Versorgungsausgleich der werthaltigste Teil der Vermögensauseinandersetzung: 100 Euro monatlicher Versorgungsausgleich kosten ca. 22.655,42 Euro (Stand 2012). Entsprechend sorgfältig und überlegt sollte damit umgegangen werden.

Das Gesetz zur Strukturreform des Versorgungsausgleichs trat zeitgleich mit dem Gesetz zur Reform des Verfahrens in Familiensachen am 1.9.2009 in Kraft. Die Regelungen zum Versorgungsausgleich aus diversen Gesetzen wurden im Versorgungsausgleichsgesetz (VersAusglG) zusammengeführt. Der von der Verfassung vorgegebene Halbteilungsgrundsatz soll mit den Gesetzesänderungen nunmehr durch eine „interne Teilung“ jedes einzelnen Versorgungsanspruches der geschiedenen Eheleute erfolgen und nicht mehr wie bisher überwiegend durch eine Ge-

samtsaldierung. Während bei Bundesbeamten tatsächlich eine interne Halbteilung der Beamtenversorgung erfolgt, verbleibt es bei der Versorgung der Landesbeamten allerdings bei der bisherigen externen Teilung der Anwartschaften beim LBV/OFD (Landesweite Bezüge- und Versorgungsstelle/Oberfinanzdirektion).

Pensionistenprivileg vielfach weg

Die massivsten Einschnitte im Ver-

sorgungsausgleich sind für die Beamten der Wegfall des Pensionistenprivilegs und die Beschränkungen des Unterhaltsprivilegs. Das Pensionistenprivileg entfällt aber zurzeit noch nicht für alle Landesbeamten. Denn nicht alle Länder haben diese Bundesregelung bisher in Landesrecht umgesetzt. Einige Bundesländer wenden das BeamtVG mit dem Stand vor der Föderalismusreform an, also mit dem Pensionistenprivileg aus § 57 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG a.F.

Das Pensionistenprivileg greift, wenn der/die ausgleichspflichtige Beamte/Beamtin bei Wirksamwerden der Entscheidung über den Versorgungsausgleich bereits ein Ruhegehalt bezieht. Das Ruhegehalt wird dann zunächst nicht gekürzt, sondern erst, wenn auch der/die Ausgleichsberechtigte selbst Rente bezieht. Dieses ist/war eine

Anzeige

Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 1,30 % p. a.



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto)
 - weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten –
- mit der GdP-VISA-Card
mit der GdP-VISA-Card

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte





ganz erhebliche und oft jahrelange „Ersparnis“ für Betroffene.

Bei Unterhaltsfällen (Kürzung durch Versorgungsausgleich und gleichzeitige Unterhaltszahlungen) wird eine Aussetzung der Kürzung der Versorgung durch den Versorgungsausgleich zukünftig nach einem komplizierten Rechenweg nur noch in Höhe von tatsächlich gesetzlich geschuldeten Unterhaltszahlungen erfolgen. Vor einem solchen Antrag beim Familiengericht sollte in jedem Fall rechtlicher Rat eingeholt werden, da das Familiengericht einen deutlich höheren (oder auch geringeren oder gar keinen) gesetzlichen Unterhaltsanspruch berechnen könnte, als bisher gezahlt wurde. Der Unterhaltstitel selbst ist dann in einem gesonderten Verfahren abzuändern, häufig zeitgleich.

Abänderungen eines „alten“ Versorgungsausgleichs können nach neuem Recht bereits bei einer Abweichung von fünf % bei einem zu übertragenden Versorgungsanrecht durchgeführt werden, während nach altem Recht eine Abweichung von zehn % bei den insgesamt zu übertragenden Versorgungsansprüchen nötig war. Ein entsprechender Antrag kann jetzt erst sechs Monate vor

Eintritt in den Ruhestand oder bei Rentenbezug durch den geschiedenen Ehepartner bei Gericht gestellt werden und nicht mehr wie bisher mit 55 Jahren.

Das Abänderungsverfahren nach § 51 VersAusglG, §§ 225 ff. FamFG eröffnet den geschiedenen Beamten/innen unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, eine bereits rechtskräftige familiengerichtliche Entscheidung über den öffentlich-rechtlichen Versorgungsausgleich nachträglich zu korrigieren und den veränderten tatsächlichen Wertverhältnissen anzupassen.

Das Vorgehen sollte immer in zwei Stufen durchgeführt werden. In der ersten Stufe wird anhand neuer Auskünfte der LBV/OFD geprüft, ob überhaupt abgeändert werden kann. In einer zweiten Stufe wird eingeschätzt, wie sich die mögliche Abänderung finanziell auswirken würde, ob es sich also tatsächlich lohnt. Dieses ist aber ganz überwiegend der Fall! Erst dann sollte ein gerichtlicher Abänderungsantrag gestellt werden.

Die Erfolgsquote bei den gerichtlichen Verfahren liegt derzeit bei 99 %. In der

Regel können zwischen 50 bis 300 Euro monatlich eingespart werden. Diese Einsparung ergibt sich ausschließlich aus dem verfassungsrechtlichen Halbteilungsgrundsatz unter Berücksichtigung der tatsächlichen heutigen herabgesetzten Versorgung von Beamten und Beamtinnen.

Die Höhe der Einsparung hat übrigens nichts mit der Besoldungsstufe der Betroffenen zu tun.

Aufgrund der Herabsetzung der Versorgungshöchstbezüge auf 71,75 %, dem Wegfall von Zulagen und Sonderzahlungen, der Anhebung der Altersgrenze, aber auch durch veränderte Bewertungen von Betriebsrenten des geschiedenen Ehepartners (z. B. Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes, VBL Karlsruhe) können nahezu alle abändern, die vor dem Jahr 2003/2004 geschieden wurden. Bei den zu erwartenden weiteren Einschnitten in der Beamtenversorgung werden auch spätere „Scheidungsjahrgänge“ betroffen sein.

Fallstricke

Allerdings sind gerade im Bereich von

Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**

Beamtendarlehen supergünstig

5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 175189-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**
 Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

BARGELD noch HEUTE!
Tel. 02 01/22 13 48
 Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100.000 €.
 • Laufzeit bis 240 Monate
 • ohne Auskunft bis 10.000 €
 45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de



Caritas international
www.caritas-international.de
 Spendenkonto 202 753
 Postbank Karlsruhe, BLZ 660 10075



Diakonie Katastrophenhilfe
www.diakonie-katastrophenhilfe.de
 Spendenkonto 502 707
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER

Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholz
 Prater-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Wesela





Abänderungsverfahren zum Versorgungsausgleich – aber auch bereits im Scheidungsverfahren selbst – einige „Fallstricke und Stellschrauben“ zu beachten, die besondere Kenntnisse im Familien- und zwingend auch im Beamtenrecht erfordern. Insbesondere bei der Vertretung von Landesbeamten kann die Übertragung von Anrechten in der gesetzlichen Rentenversicherung problematisch sein und es bietet sich hier in vielen Fällen das Treffen von Vereinbarungen zwischen den geschiedenen Ehepartnern an, die nach dem „neuen“ VersAusglG problemlos möglich sind. Fälle von vorzeitigem Ruhestand sind „Hochrisiko-Fälle“ und sollten immer erst nach spezialisiertem rechtlichem Rat vorangetrieben werden.

Sonderfall

Für geschiedene Beamte/innen mit einer besonderen Altersgrenze (z.B. Polizei, Feuerwehr, JVA und einige Soldatengruppen) ist bei Umsetzung des Versorgungsausgleichs zu beachten: Ein/e Beamter/in gibt nach dem „neuen“ VersAusglG die Hälfte seiner Beamtenversorgung ab und erhält die Hälfte der Anwartschaften des geschiedenen Ehepartners, in der Regel bei der DRV. Aus diesen Anwartschaften bei der DRV kann aber erst ab dem 65. bzw. 67. Lebensjahr die Regelaltersrente auf Antrag bezogen werden. Um hier Härten zu vermeiden, hat der Gesetzgeber die Möglichkeit der Herabsetzung der Kürzung der Beamtenversorgung aus dem Versorgungsausgleich in §§ 35,36 VersAusglG vorgesehen, und zwar vor-

übergehend bis zur Höhe der zwischenzeitlich nicht zu beziehenden Altersrente aus der DRV.

Bei der Umsetzung dieser Vorschrift gibt es zurzeit erhebliche Schwierigkeiten und die vorgenommenen Berechnungen erweisen sich vielfach als fehlerhaft. Die LBV in NRW/BW/Nds und Berlin lehnen neuerdings nach fehlerhaften Mitteilungen der DRV zur Möglichkeit des Bezuges einer vorgezogenen und dann aber lebenslang um einen Abschlag verminderten Rente (z. B. Erwerbsminderung, vorzeitige Altersrente) des Beamten/in aus dem Versorgungsausgleich eine Herabsetzung der Kürzung bis zum 65. bzw. 67. Lebensjahr bei Vollzugsbeamten ab bzw. begrenzen diese. Jene Vorschriften §§ 35,36 VersAusglG wurden aber ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen, um Nachteile gegenüber dem alten Recht – dort wurde mit den vollen Rentenbeträgen der DRV gesamtaldiiert – zu vermeiden. Wenn Vollzugsbeamte mit einer besonderen Altersgrenze tatsächlich eine vorzeitige Rente bei der DRV in Anspruch nehmen müssten, würde sich der dann entstehende Abschlag ihr restliches Leben lang massiv rentenmindernd auswirken. Das ist m. E. verfassungswidrig und ist so von Gesetzgeber nach allen hier vorliegenden Gesetzesmaterialien nicht gewollt. Hiergegen wird durch die betroffenen Mitglieder rechtlich vorgegangen.

Weitere Schwierigkeiten gibt es bei dem Zeitpunkt der Umsetzung einer rechtskräftigen Abänderungsentscheidung zum Versorgungsausgleich bei den LBV/OFD. Grundsätzlich ist dieses der nächste

Monatserste nach Antragstellung beim Gericht; § 226 IV FamFG. Verzögerungen bringen dem geschiedenen Ehegatten also keine Vorteile mehr. Nur wenn beide geschiedenen Ehepartner bereits „Rente“ beziehen, wird den Versorgungsträgern eine großzügige Frist von 2 Monaten nach Kenntnis der Rechtskraft zur Umsetzung der Entscheidung gewährt; § 30 VersAusglG. Vermehrt wenden die LBV/OFD die letztgenannte Frist auch in jenen Fällen an, in denen nur der antragstellende Beamte/in im Ruhestand ist. Hierdurch entstehen erhebliche finanzielle Nachteile. Diese Praxis ist nach einer von dem Verfasser erwirkten neueren Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Stuttgart rechtswidrig.

Überzahlungen an den geschiedenen Ehegatten während der Dauer eines gerichtlichen Abänderungsverfahrens können von diesem unter dem Gesichtspunkt der ungerechtfertigten Bereicherung zurückgefordert werden; vgl. § 30 III VersAusglG. Dieses wird häufig übersehen und es geht teilweise um ganz erhebliche Summen.

Wie schon in der Vergangenheit kann Info-Material zur neuen Rechtslage beim Versorgungsausgleich von GdP-Mitgliedern, Kreis- und Seniorengruppen beim Verfasser kostenlos angefordert werden, möglichst per E-Mail. Info-Veranstaltungen zu der teils schwierigen Thematik sind bundesweit möglich und bisher vielfach und erfolgreich durchgeführt worden.

Bernd Stege, Rechtsanwalt in Bremen
rastege@bremen.de

Reise & Erholung

wasser-craft
rafting canyoning abseil

Sommer Abenteuer
TOP ANGEBOT bei uns
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 UF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 155,-

office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6791

Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof, Zolkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers. in schöner Jugendstilvilla, Fahrradverleih
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23
www.heidehof-jonsdorf.de

INSELN IM INDISCHEN OZEAN
kl. fam. Anlagen mit Kollegentarifen ab € 45,- p. P./Tag
Tel. 0 21 58/4 01 82 91
www.inseln-im-indischen-ozean.de

Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift, Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 145,- €. Zur Sonne, 96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60–90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen, Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 0 45 63/70 21, Ostsee@gmx.info
www.ostseeferienwelt.de

Fehrnann/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Süstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV Preise gem. Saison
Telefon: 040/6784581
www.fehrnann4family.de

MAURITIUS >EXKLUSIV<
Kollege bietet lux. App. u. Bung.-Anlage am Strand ab 76,- € p. P./Tag/inkl. HP, Tel. 0 21 53/40 08 05, Fax 40 46 71
www.mauritius-traumvilla.de

BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82
www.fewo-feind.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo** v. Kollegen ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de**

Traumhafter Finca-Urlaub auf Mallorca
Drei schöne Whg. auf romantischer Finca mit gr. Pool und Panoramablick. Kollegen 15% Nachlass.
Info: www.casfernerjimdo.com

SPANIEN: Costa Dorada
– Südl. Tarragona –
Preisgünstiger Urlaub im Ferienhaus bis 4 Pers./5 in kleiner gemütl. deutsch. Ferienanl. mit großem SW-Pool, Grill, Gästebau mit TV. Hunde sind willkommen.
E-Mail: los-vagos@gmx.net Infos: www.los-vagos.de
Tel.: 00 34/9 77 17 05 29



Für Studium und Praxis



Kriminalistik

Für Studium,
Praxis,
Führung

Von **Robert Weihmann**
und

Claus-Peter Schuch.

12. Auflage 2011, 864 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
29,90 € [D]
ISBN 978-3-8011-0662-1

Die nunmehr 12. Auflage
dieses Buches wartet mit

einigen wesentlichen Neuerungen für den Leser auf. Das Buch wurde von Grund auf überarbeitet und inhaltlich stark erweitert. Die Themenkomplexe Kriminalistik, Kriminaltechnik, Führung, Praxis und Studium sind damit erstmals in einem Kompaktwerk zusammengeführt. Damit ist dieser Band weiterhin eine unverzichtbare Orientierungshilfe für das Selbststudium im Diplom-, Bachelor- und Master-Studiengang, für die Fortbildung und für die polizeiliche Praxis.



Staat – Verfassung – Politik

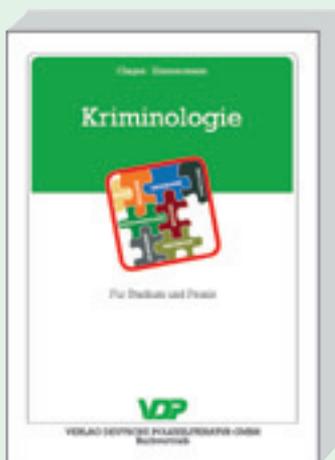
Grundlagen für Studium
und Praxis

Von **Helmut Dohr.**

20. überarb. und aktualisierte
Auflage 2010, 624 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
26,90 € [D]
ISBN 978-3-8011-0633-1

Die Grundrechte in ihrer

Funktion als Fundament und Grenze allen staatlichen Tuns und die Verfassungsbindung der Staatsgewalt stehen im Mittelpunkt dieses Lehr- und Studienbuches. Im Spannungsfeld Mensch – Gemeinschaft – Politik legt das Werk damit eine solide Grundlage für die im Polizeiberuf unerlässlichen staats- und verfassungsrechtlichen Kenntnisse.



Kriminologie

Für Studium und Praxis

Von **Horst Clages**
und

Elmar Zimmermann.

2. Auflage 2010, 384 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
17,90 € [D]
ISBN 978-3-8011-0602-7

Dieses Buch behandelt
alle wesentlichen theo-
retischen Inhalte des Stu-
dienfaches Kriminologie.
Ergänzt werden die jewei-

ligen Themenbereiche durch Hinweise auf die praktische Bedeutung für die polizeiliche Aufgabenbewältigung. In jedem Kapitel findet der Leser eine detaillierte Übersicht zu weiterführender Literatur sowie typische Klausuren mit Lösungen und mögliche Fragen für Fachgespräche oder mündliche Prüfung.



Strafrecht – Strafverfahrens- recht – Ordnungswidrig- keitenrecht

Lehr- und Arbeitsbuch
in praxisbezogener
Darstellung

Von **Wolfram Lübke**.

26. Auflage 2010, 680 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
32,- € [D]
ISBN 978-3-8011-0632-4

Dieses Buch vermittelt in bewährter Form den kompletten polizeilichen Ausbildungsstoff in den Rechtsgebieten: Strafrecht; Allgemeiner und Besonderer Teil inkl. Verkehrsstraf-taten; Strafverfahrensrecht; Allgemeines Eingriffsrecht und Bußgeldbestände. Zahlreiche Exkurse in das Bürgerliche Recht, Zivilrecht und Polizeirecht veranschaulichen zudem wichtige Bezüge zu diesen Rechtsgebieten. Originalfälle des polizeilichen Alltags sichern den besonderen Praxisbezug. Falllösungen zu allen klausurrelevanten Themen ermöglichen die notwendige Kontrolle des Erlernten.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Cop-Streifen „END OF WATCH“ fängt Polizeialltag hautnah ein

Am 20. Dezember 2012 kommt der Hollywood-Film „End of Watch“, auf gut deutsch „Schichtende“ in die deutschen Kinos. Die GdP durfte den Polizei-Streifen bereits in einer Kino-Preview begutachten. Torsten Rohde, Bundesjugendleiter im GdP-Bundesvorstand, sah einen Film, der Elemente eines klassischen Actionfilms mit schon fast dokumentarischen Bildern und Geschichten verbindet. Jake Gyllenhaal, bekannt aus „Brokeback Mountain“, und Michael Peña (Million Dollar Baby) spielen als Streifenwagen-Team die Hauptrollen. Rohdes Fazit lautet: Empfehlenswert. Doch nicht nur wegen der markigen Worte der Hauptdarsteller und actionsreichen Filmszenen. Denn gelungen ist vor allem, die menschliche Seite des Polizeiberufs hautnah einzufangen:

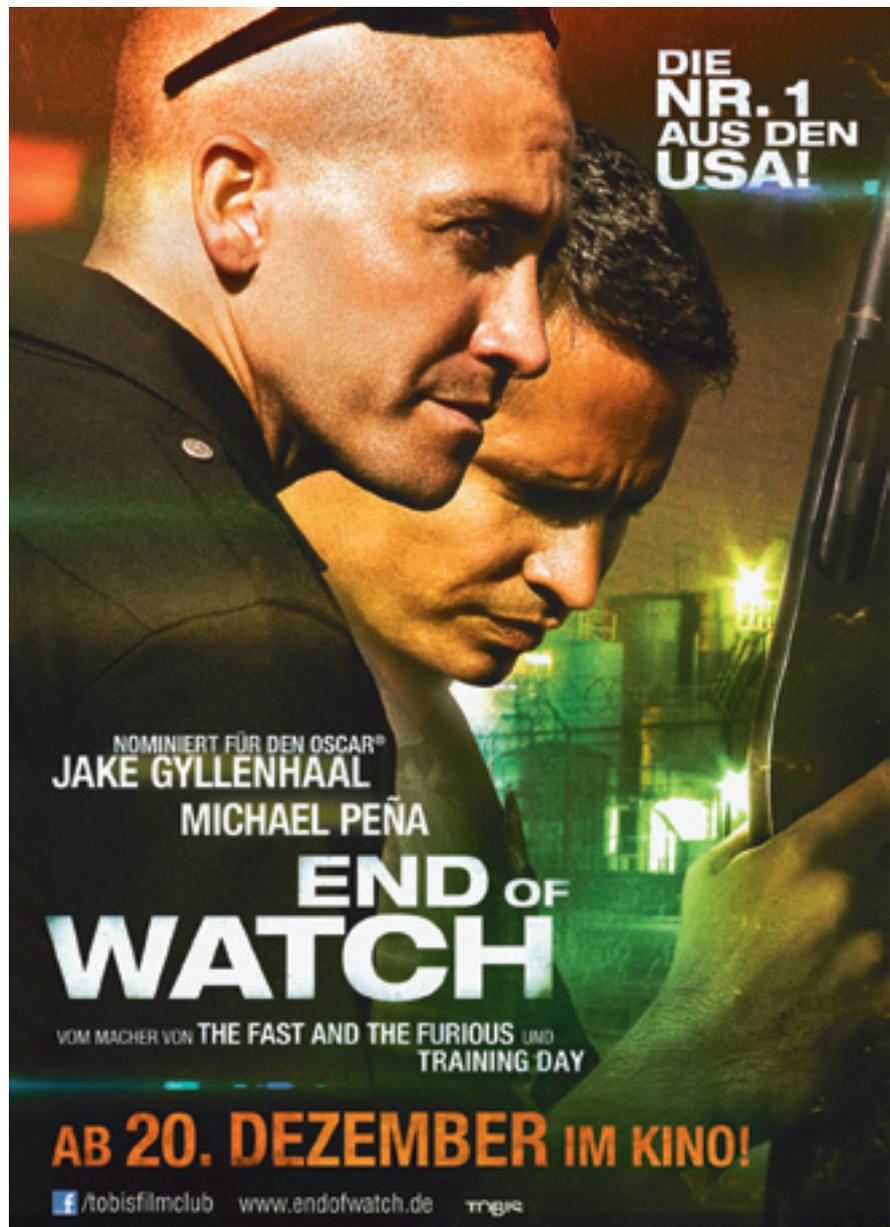
„Ich bin ein Cop. Und ich werde Dich jetzt verhaften. Du hast das Gesetz gebrochen. Ich habe das Gesetz nicht gemacht. Vielleicht bin ich sogar anderer Meinung als das Gesetz. Aber ich werde es durchsetzen. Du kannst bitten, betteln, Dich einschmeicheln, oder an mein Herz appellieren, aber nichts, was Du tust, kann mich davon abhalten, Dich in einen stählernen Käfig mit grauen Gittern zu sperren. Wenn Du abhaust, verfolge ich Dich. Wenn Du zuschlägst, schlage ich zurück. Wenn Du auf mich schießt, schieße ich auf Dich. Von Rechts wegen kann ich nichts auf sich beruhen lassen. Ich bin die Konsequenz. Ich bin eine unbezahlte Rechnung. Unter meinem Dienstabzeichen steckt ein Herz wie Deins. Ich blute. Ich denke. Ich liebe. Und, ja, ich kann getötet werden. Und obwohl ich nur ein Einzelner bin, habe ich Tausende Brüder und Schwestern, die so sind, wie ich. Sie würden Ihr Leben für mich riskieren. Und ich meins für sie. Wir stehen gemeinsam auf dem Posten. Wir beschützen die Beute vor den Raubtieren. Die Guten vor den Bösen. Wir sind die Cops“; sagt Officer Brian Taylor, verkörpert von Jake Gyllenhaal, in END OF WATCH.

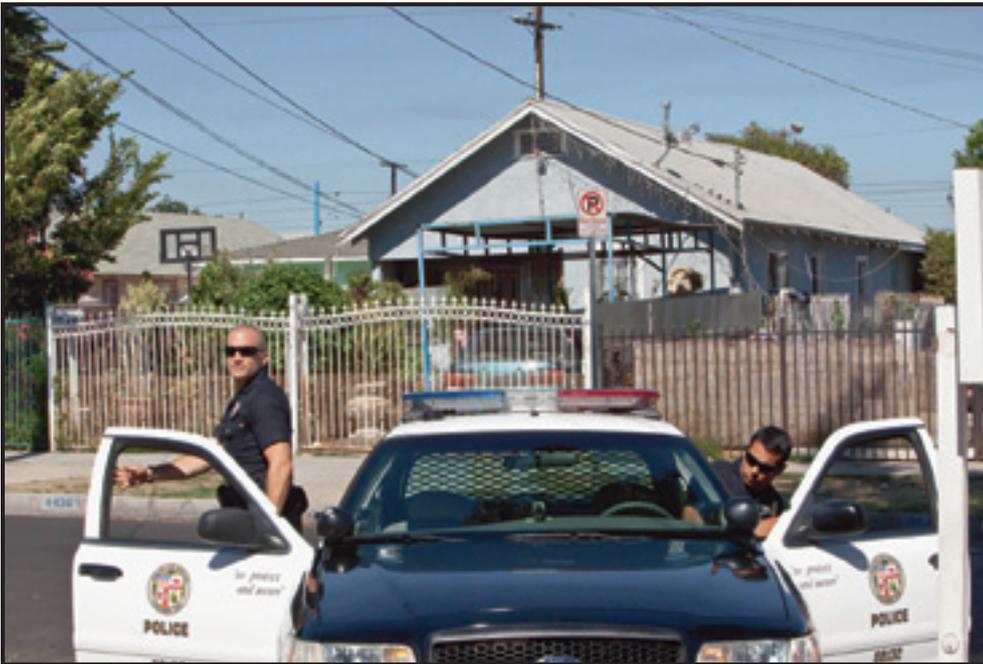
Spannend und bewegend

Das Filmtro zeigt bereits auf, wohin die Reise gehen kann. Wer aber lediglich das so hollywoodtypische Bedienen eines Genres erwartet, unterschätzt einen außerordentlich gelungenen Actionfilm. Der Film begeistert – und das nicht nur, weil es dem Regisseur David Ayer gelungen ist, einen hervorragenden Actionstreifen zu drehen, der die Zuschauer von Anfang bis Ende vor Spannung an die Sitze fesselt, sondern weil er neben den wilden Schießereien und markanten Sprüchen einen

Film kreiert hat, der die Zuschauer auch emotional anspricht und bewegt.

Jake Gyllenhaal und Michael Peña spielen ihre Rollen hervorragend. Die etwas gewöhnungsbedürftige Kameraperspektive im sogenannten Found-Footage-Stil (Doku-Stil) ist auf geschickte Art in das Filmgeschehen integriert und gibt dem Zuschauer das Gefühl, sich inmitten der Filmszenen zu befinden. So hat man den Eindruck, permanent an der Seite der bei-





Taylor und Zavala in ihrem täglichen Streifenbezirk in South Central Los Angeles.
Fotos: (c) TOBIS FILM

den Polizisten zu stehen und mit ihnen in einem der gefährlichsten Viertel von Los Angeles auf Streife zu fahren.

Wie Brüder

Gyllenhaal und Peña leben ihre Rollen und sind mehr als zwei durch den Beruf miteinander verbundene Kollegen, sie sind wie Brüder. Sie lieben ihre Arbeit und sind jeden Tag aufs Neue bereit, den Gefahren ihres beruflichen Alltags entgegen zu treten. Auch wenn der Film neben dem typischen Genre des rasanten Actionfilms auch das typische amerikanische Filmpathos bedient, erzählt er trotzdem eine wahre Geschichte. Es ist genau dieser Realitätsbezug, der den Film für den Zuschauer so greifbar und erlebbar macht.

Miguel „Mike“ Zavala, gespielt von Micheal Peña, ist mit seiner Jugendliebe verheiratet und erwartet in Kürze die Geburt seines ersten Kindes. Brian Taylor steht kurz vor der Entscheidung, eine ernste Beziehung einzugehen. Beide wissen um die Bedeutung, als Polizist eine Familie zu gründen. Beide Partnerschaften sind ein wesentlicher Teil der Geschichte und geben dem Film seinen ganz besonderen Charakter. Der Film zeigt sehr anschaulich, dass der Polizeiberuf nicht nur bei den beiden Hauptakteuren deutlich sichtbare Spuren hinterlässt, sondern auch vor den Familien und Freunden nicht halt

einzufangen. Auch wenn der Alltag eines Polizisten nicht typischerweise mit regelmäßigem Sperrfeuer aus einer AK 47 verknüpft ist, schafft Ayer zwei Helden, die die beruflichen Herausforderungen einer gesamten Berufsgruppe veranschaulichen und einander bedingungslos vertrauen können.

Die hervorragende schauspielerische Leistung der beiden Hauptdarsteller trägt dabei wesentlich zum Gelingen des Films bei. Und trotz des nicht unwesentlichen Einflusses Hollywoods spiegelt der Film die Realität schonungslos wider. Polizeiarbeit ist gefährlich. Es sind die Szenen, in denen Taylor und Zavala ihre Uniform mit der Freizeitkleidung getauscht haben, die den Zuschauer emo-



Officer Zavala und seine Frau Gabby kurz nach der Geburt ihres Kindes.

macht. Der Einbezug des Familienlebens in das Filmgeschehen führt den Zuschauern immer wieder die Besonderheiten und die permanent und überall lauerten Gefahren des Polizeiberufs vor Augen. Polizisten sind mutig, sie stehen für das Gute und bekämpfen das Böse, sie haben aber auch Verantwortung gegenüber Familie und Freunden.

Schonungslose Realität

David Ayer schafft es, sowohl das Genre eines Actionfilms zu bedienen als auch die Wirklichkeit des Polizeiberufs

tional mitnehmen, die sie auch in Uniform menschlich werden lassen, die verdeutlichen, welche besondere Verantwortung sie mit ihrer Berufswahl gegenüber ihren Familien eingegangen sind. Diese Szenen sind es, die auch den Menschen in der Uniform menschlich und verletzlich machen. Sie sind es, die den Film zu einem 109-minütigen Eintauchen in die Gefühlswelten eines ganzen Berufsstandes und zu einem wahren Kinoerlebnis werden lassen.

Torsten Rohde



Perfekte Ladungssicherung

Denn mit uns machen Sie Vorspannkräfte sichtbar. Das patentierte und zertifizierte Vorspannprüfgerät zeigt Ihnen sofort durch leichtes Ablesen, die Vorspannkraft auf Zurr Gurten mit 35 mm oder 50 mm an. Die Optimierung der Gurtspannkraft verringert die Gefahr des Verwertschens Ihrer Fracht.

Somit ermöglicht Ihnen das Vorspannprüfgerät eine sicherere und entspannere Fahrt. Die Vorteile: handlich, leicht zu bedienen, sofortige Ergebnisse für 35 mm und 50 mm Spannweite, kostengünstig, sehr robust, leicht ablesbar und leicht zu verstauen. Das Vorspannprüfgerät erfüllt zudem die Anforderungen von DIN EN 12195-1 Berechnung der Zugkräfte, DIN EN 12195-2 Zurr Gurte aus Chemiefasern, VDI-Richtlinie 2700 Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen.



Ruthenbeck GmbH
58675 Hemer
Telefon 02372/96964-0
www.ruthenbeck.de

LADETECHNIK SM-LG66

Seit über 30 Jahren steht das Unternehmen axcom für qualitativ hochwertige Akku- und Ladetechnik in allen Bereichen der mobilen Energieversorgung. Dank der ständigen Weiterentwicklung der innovativen axcom Produkte werden diese individuell abgestimmt auf die Polizei. Im Zuge der Umstellung von Analog- auf Digitalfunk bietet axcom ein 6 plus 6 Stationen Ladegerät (SM-LG66) für alle Akku-Varianten, das sowohl für Analog- wie auch Digitalfunk geeignet ist.

Dazu können die im Leistungsumfang enthaltenen Ladeadapter ganz einfach ausgetauscht werden, so dass das Ladegerät für Motorola oder Sepura

Funkgeräte genutzt

w e r d e n

kann. Das

SM-LG66

ist 12 bis 24

Volt fähig und

kann somit im

KFZ eingesetzt werden. Das Gerät ist schnell-ladefähig, wechselt nach dem Ladevorgang in die Erhaltungsladung und schaltet sich automatisch nach zehn Stunden ab.



axcom axcom GmbH
40667 Meerbusch
Telefon 02132/919-30
www.axcom-battery-technology.de

Die Heiner. Böker Baumwerk GmbH aus Solingen zeichnet sich in den letzten Jahren durch eine kontinuierliche Erweiterung des Sortimentes in Richtung behördenrelevanter Ausrüstung aus. Mit einer neuen Taschenlampenserie aus der erfolgreichen Serie Böker-Plus bietet das Unternehmen nun ein auch für den Dienstgebrauch hochinteressantes Lampensortiment an. Die einzelnen Modelle decken die beliebtesten Größen ab und reichen von ultrakompakt bis handfüllend. Zwei Lichtstärken (100% und 30%) lassen sich bei ein- oder ausgeschalteter Lampe anwählen. Der klassische Endkappenschalter bietet Moment- oder Dauerlicht, und die unterschiedlichen Batteriekonfigurationen (wahlweise mit 1,5 Volt AA-Standardbatterien oder mit den leistungsfähigeren 3 Volt-Lithiumbatterien Typ CR123) decken alle Ansprüche ab. Solide Aluminiumgehäuse, abnehmbare Clips, Cree-Hochleistungs-LEDs von 160-350 Lumen und Wasserdichtigkeit nach IPX6-Standard runden die Ausstattung ab. Preise von € 31,95 bis € 49,95.



Böker Solingen
Telefon 0212/4012-30
www.boker.de

Nachrüstung von Digitalfunkanlagen

Das Unternehmen Baumeister & Trabant GmbH aus Nordrhein-Westfalen rüstet bundesweit neutrale und offene Einsatzfahrzeuge mit Digitalfunkanlagen nach. Zwei Servicefahrzeuge wurden für diesen Zweck in 2012 hochwertig ausgestattet und in Betrieb genommen. Dank eines starken 230V-Wechselrichters können Ein- und Umbauten von Funkanlagen überall vor Ort, auch auf Freiflächen, die keine Stromversorgung bieten, durchgeführt werden. Weiterhin können Überprüfungen von Antennenanlagen, Wiederholungsprüfungen nach BGV A3 und mechanische Nachrüstungen/Umbauten vor Ort durchgeführt werden. Mit diesen Servicefahrzeugen bietet die Baumeister & Trabant GmbH zuverlässigen Service und Reparaturen direkt vor Ort. Kostenintensive Reparaturen werden durch das CAN-Diagnose-System und mit der erweiterten Fehler-Diagnose auf ein Minimum reduziert.



Baumeister & Trabant GmbH
41352 Korschenbroich
Tel. 02182/85480
www.but-gmbh.de



Der neue Schilder-Shop bei Dambach

Neu und unverwechselbar präsentieren wir Ihnen den neuen DAMBACH-WERKE E-Shop. Wir wollen Ihnen mit unserem neuen „Business Online Schilder Shop“ eine einfache Möglichkeit geben, Ihren Bedarf an Standard-Verkehrstechnikprodukten zu decken.

Der Shop ist hauptsächlich für Nutzer der öffentlichen Hand, Händler und Großkunden. Sie finden alle Standardverkehrszeichen, Befestigungsmaterialien und das passende Zubehör. Sie wählen einfach Ihre gewünschten Produkte



aus, lösen online Ihre Bestellung aus und erhalten anschließend die Auftragsbestätigung per E-Mail.

Als registrierter Benutzer können Sie auch einen Warenkorb anlegen, die Produkte sammeln und später bestellen. Einfach, schnell, flexibel.

Darüber hinaus wird das Angebot in den nächsten Monaten im Shop kontinuierlich ausgebaut und erweitert. Lassen Sie sich faszinieren, wie einfach Sie Produkte auswählen und bestellen können.

Sie finden den Shop unter www.schilder-shop.de oder unter www.dambach.de

DAMBACH-WERKE GMBH
76571 Gaggenau
Telefon 07225/64-235
www.dambach.de



A Company of the SWARCO Group

Ab 1. Januar 2013 tritt die Pflegereform der Bundesregierung in Kraft. Doch die Gesetzesnovelle schließt weder Finanzierungslücken, noch löst sie den Fachkräftemangel in der Pflege.

Zur Situation: Ende 2009 wurden von den insgesamt 2,34 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland ca. 1,62 Millionen (69 %) zu Hause und 717.000 (31 %) in stationären Einrichtungen gepflegt. Von den erwähnten 1,62 Millionen im häuslichen Umfeld wiederum wurden 1,07 Millionen (66 %) alleine durch Angehörige versorgt, 555.000 durch



Angemerkt

ambulante Dienste bzw. gemeinsam durch Angehörige und Dienste.

Die Pflegefrage berührt uns alle. Nicht nur, dass wir früher oder später selbst Betroffene sein könnten und für uns persönlich diese Frage klären müssen. Von daher müssen wir brennend interessiert sein, wohin die Entwicklung geht oder gehen soll. Die privaten Pflege-Zusatzversicherungen werden zum Nutzen der Versicherungswirtschaft gefördert, statt die gesetzliche Pflegeversicherung nachhaltig und angemessen zu finanzieren. Auch den bereits jetzt massiven Mangel an Pflegefachkräften behebt die Reform nicht.

Im DGB „Bündnis für gute Pflege“ sind

21 Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Berufsverbänden, Verbraucherververtretungen sowie Selbsthilfeorganisationen vertreten.

Diese Forderungen unterstützen wir: Maßgeschneiderte Leistungen für Pflegebedürftige, Unterstützung und Anerkennung für Angehörige, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie gerechte Finanzierung.

Hilfe- und pflegebedürftige Menschen benötigen eine starke Lobby. Deswegen ist unser Engagement in dieser Sache dringend geboten. Gute Pflege ist ein Menschenrecht.

Im Namen des Bundesseniorenverbandes wünsche ich eine besinnliche Adventszeit, beschauliche Weihnachtstage sowie Gesundheit und Lebensfreude für das kommende Jahr.

*Anton Wiemers,
Bundesseniorenvorsitzender*

RUHESTAND – die große, neue Freiheit oder die Bündelung aller Hoffnungen und Irrtümer

„Süß wie ein Marmeladenbrot mit Honig“, so hatte ich mir den Ruhestand vorgestellt und da jedem Anfang auch ein Zauber inne wohnt, „der uns beschützt und der uns hilft, zu leben“, wie Herrmann Hesse in seinem Gedicht „Stufen“ schreibt, glaubte ich auch daran.

Ich malte mir alles in den schönsten Farben „weiß und blau“ aus. Habe alle meine Ämter aufgegeben, habe keinen Stress mehr, keinen Zeitdruck, brauche über nichts Dienstliches mehr nachzudenken, nichts mehr ausdiskutieren, keine persönlichen Gespräche mehr zu führen. Alles Dinge, die ich über 20 Jahre als Gewerkschafter und Personalrat gern gemacht habe.

Ruhestand verband ich immer – in meiner naiven Vorstellung – mit Familie, Reisen und Speisen, Kreuzfahrten oder Liege- und Schaukelstühlen. Ich dachte mir, körperliches Training hält fit, nicht nur den Körper, sondern auch den Geist. Ich freute mich auf meinen Ruhestand. „Oben klar und unten dicht“ mehr wünschte ich mir nicht. Aber es kam, wie schon so oft, fast alles anders.

Man hat zwar neue Freiheiten gewonnen, findet sein Leben aber trotzdem ein bisschen unerfüllt. Ich bewarb mich in Absprache mit der Familie um ein Amt bei den GdP-Senioren – und die Mitglieder vertrauten es mir an.

Ein Feigling war ich noch nie. Vielleicht konnte ich dann in diesem Amt Gespräche führen, die sich nicht nur um Krankheiten, Altersheime oder Betreutes Wohnen drehen. Am Anfang hatte ich so meine Zweifel, denn diese Themen hatten in der Seniorengruppe absoluten Vorrang. Was musst du als Alter denn noch so ein Amt übernehmen? Mit dieser Frage quälte ich mich lang ab. Du hast in der Gewerkschaft nichts mehr verloren und somit auch nichts mehr zu suchen, weil ja nicht nur bei uns nach Altersgruppen getrennt hierarchisch gearbeitet wird. Aber es reizte mich, da ich nicht loslassen konnte von einer Arbeit, die mir viel Spaß aber auch viel Ärger bereitet hatte. Ich dachte mir, im Ruhestand gehören Ruhe und Unruhe einfach gemischt. Es gehören vorhandene Kompetenzen mit altersgerechtem Arbeiten kombiniert. Und außerdem war ich mir sicher, meine neue Aufgabe gut ausfüllen zu können, da ich der Meinung war, schon alles erlebt zu haben. Irrtum und Altersglaube!!

Was alles so schwierig macht, ist der Umstand, dass wir Senioren immer wieder versuchen, die jetzigen Verhältnisse mit früheren Maßstäben zu messen. Und da den richtigen Kontext herzustellen ist wirklich nicht einfach. Zudem geben die immer noch gültigen Seniorenvorschriften, Richtlinien oder Bestimmungen keine Orientierung

mehr (demografische Entwicklung, Wertschätzung).

„Code of Conduct“ – also einen Verhaltenscodex – gibt es zwar im Seniorenbereich, aber wer soziales Verhalten in gewerkschaftsverträglicher Weise ordnen will, sollte auf einiges vorbereitet sein:

Mit der Übernahme eines Seniorenamtes bist du bei der GdP ein Rentner oder Pensionär ohne Ruhestand. Dieses freiwillige Engagement, altmodisch Ehrenamt, füllt dich aus, wenn du anständige Arbeit leisten willst. Aufgrund deiner Persönlichkeit kannst du Autorität vermitteln, willst weder provozieren noch arrogant sein. Du willst ja ankommen und deine GdP vorwärts bringen. Denn mit angepassten Meinungszwergen ist auch kein Staat zu machen. Aber da kann man auch schon mal anecken, denn in polizeilichen Kreisen wird noch viel zu oft Kritik und Ablehnung nicht offen geäußert, sondern hinter vorgehaltener Hand oder durch Schweigen. Das muss man gelassen aushalten können. Man ist schließlich alt genug. Auch kleine Intrigen, Gerüchte, kleinliche Kontrollen und pedantisches Jagden nach Fehlverhalten – all das, was den Elan bremsen, die Kreativität behindern und den Handlungswillen lähmen kann – sollte uns nichts mehr anhaben können. Die Verursacher sollten sich dafür einfach nur schämen. Denn:



„Je mehr ein Mensch sich schämt, desto anständiger ist er.“ (Diesen Satz hätte ich gerne erfunden, aber das hat George Bernard Shaw schon getan.) Deshalb laufe ich manchmal mit hochrotem Kopf umher – vor lauter Fremdschämen.

Am meisten ärgern mich die Halbwahrheiten, scheinheiligen Unterstellungen oder die angeblich falschen Interpretationen. Da läufst du dich heiß und erreichst nichts – außer Ärger.

Ihr werdet jetzt sagen, solche Gedanken kann man nur haben, wenn man den ganzen Tag im Keller arbeitet. An der frischen Luft kommt man auf so etwas nicht. Aber manchmal schnappe ich schon nach frischer Luft und blinzele die Sonne an, um nicht zu ersticken und ganz farblos zu werden.

Und außerdem ist das nur eine Seite der vielfältigen Seniorenarbeit in der GdP. Die andere ist einfach eine erfüllende: Man ist dabei, ist informiert, kann sich für die äl-

teren Kolleginnen und Kollegen einsetzen und etwas bewegen

Aber ein bisschen Humor und Fantasie gehört auch dazu und die passende Frau. Sonst war alles in den Wind gesprochen. Es gibt nämlich sehr unterschiedliche Formen und Motivationen im gewerkschaftlichen Engagement. Deshalb ist es für uns eine große Herausforderung, die Vielfalt zusammenzuhalten und zu fördern

Günter Klingner, LSV Bayern

Der Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH-Bund) löst sich auf

Der BRH-Bund wird sich zum 31. März 2013 auflösen. Dies hat der Bundesvorstand des BRH auf Antrag der Landesverbände Berlin, Baden-Württemberg und Sachsen so am 24./25.6.2012 beschlossen.

Anlass dafür:

- Dauerhafter Mitgliederschwind
- Ständig steigende Kosten
- Auswirkungen der Föderalismusreform
- Drohende Unterfinanzierung

Demnach sind am 1. April 2013 für al-

le Fragen die Landesverbände des BRH zuständig.

Alternativ vertraut man nun auf die Entscheidung des dbb, eine Seniorenvertretung – analog der Frauen- und Jugendvertretung – einzurichten. Das soll jedenfalls so auf dem dbb-Gewerkschaftstag im November 2012 beschlossen werden.

Diese Seniorenvertretung des dbb soll aus einem Vorstand und aus einem geschäftsführenden Unterbau bestehen, ihren Sitz im dbb-Bundesvorstand und im dbb-Bundeshauptvorstand haben. Zum dbb-Ge-

werkschaftstag soll die Seniorenvertretung ein eigenes Antragsrecht haben.

Auf Orts- und Landesebenen werde sich nichts verändern, so die BRH-Bundesvorsitzende Schäffler-Kroner in der Zeitschrift „Aktiv im Ruhestand“ im Juli/August 2012. Natürlich sei es schade, wenn sich ein Verband nach über 60 Jahren erfolgreicher Arbeit auflösen müsse, aber die Zeiten würden sich ändern und man müsse sich auch verändern oder man gehe sang und klanglos unter. Der Artikel lautet: „Die Würfel sind gefallen“.

Horst Müller

GdP macht's möglich

Im September letzten Jahres war es wieder soweit: Die Bundessenioren trafen sich zur gemeinsamen Freizeit auf der spanischen Sonneninsel Menorca – Sonne, Sand, Strand, Wasser, Meer und Frohsinn und Gründung neuer Bekanntschaften. Viele der sogenannten „Alten“ kannten sich bereits. Wenn nicht, dann lernte man sich am Schalter der TUI Fly kennen. Der markante Kofferranhänger, der Pinguin, enttarnte den ehemaligen „Sheriff“. Das Hallo war groß.

Ich will nicht den üblichen Ferienbericht erstatten, sondern etwas Außergewöhnliches erzählen.

Ich wurde einem Kollegen aus Schleswig-Holstein, Wedel bei Hamburg, vorgestellt. Schnell war man bei der Sehenswürdigkeit angekommen: die Schiffsbegrüßung an der Elbe. Reinkommende Schiffe und in seegehende Schiffe bekommen die originelle Begrüßung.

Ich erzählte, dass ich hier einmal mit IPA Kollegen aus der Schweiz vor fast 37 Jahren war. Diese waren bei der Wasserschutzpolizei tätig auf einer der Seen in der Schweiz. Dies ist nichts Besonderes.



Beeindruckend: historische Mühle in Ciudadela, ein Bauwerk von 1778. Foto: WP

Nur hier hielt sich in einem Restaurant, in dem ich mit den schweizer Kollegen Kaffee trinken wollte, ein entfloherer Strafgefangener, der Kellner war, auf. Er kannte mich und lud uns alle zu Kaffee und Kuchen ein. Das Angebot musste aus „Höflichkeitsgründen“ abgelehnt werden. Als dieser böse Bube außer Sicht und Hörweite war, wurden die Gäste aufgeklärt. Gott sei Dank, die Schwei-

zer sahen richtige große Pötte und konnten sich so ablenken. Anschließend nach der Kultur suchten wir das örtliche Revier auf. Dem Wachhabenden wurde der Sachverhalt dargelegt ... Und nun geschah es: Wie in einem großen Puzzle legten der Holsteiner Kollege und ich alles zusammen: Er war zu dieser Zeit, also vor 37 Jahren, genau in diesem Wachraum! Die Vergangenheit hatte uns eingeholt.

Wir erinnerten uns noch: Der Strafgefangene wurde mit Hilfe der Wedeler Kollegen seiner richtigen Wohnanschrift zugeführt. Leider konnten die Schweizer der Festnahme damals nicht beiwohnen. Dafür sahen sie die Tätigkeit der deutschen Polizei hautnah und hatten abends beim Bier einen Gesprächsstoff.

Werner aus Wedel und ich konnten es lange nicht fassen: ein Wiedersehen nach fast 37 Jahren.

Es war einmal am 1.11.1974 ... GdP macht's möglich.

Eberhard Sussiek





Kooperation von öffentlicher Jugendhilfe und Strafrecht bei Sexualdelikten gegen Kinder

„Die Kooperation zwischen Justiz und Jugendhilfe stößt heute noch vielfach auf Hemmnisse und an Grenzen. Wir dürfen diese Probleme nicht nur nicht verleugnen [...], wir müssen vor allem dafür arbeiten, sie zu überwinden. Durch eine optimierte Zusammenarbeit muss es gelingen, unser gemeinsames Ziel, Kinder zu schützen, noch besser zu erreichen.“ (B. Zypries 2006).

Dieses Anliegen teilend führte die Kriminologische Zentralstelle mit ihren Partnerinnen aus der Schweiz und Österreich zwischen 2008 und 2010 das Forschungsprojekt Kooperation von öffentlicher Jugendhilfe und Strafrecht bei Sexualdelikten gegen Kinder durch, das mit Mitteln der Europäischen Kommission gefördert wurde.

Um Informationen über entsprechende interdisziplinäre Arbeitskreise zu erhalten, wurden in den drei beteiligten Ländern zunächst die Träger der öffentlichen Jugendhilfe schriftlich befragt. Dem schlossen sich Interviews mit Mitgliedern solcher Kooperationen an. Die gewonnenen Befunde werden ausführlich in drei Länderberichten dargestellt, wobei sich diese an länderübergreifenden Fragestellungen ausrichten und ausdrücklich parallele bzw. divergierende Gesichtspunkte aufgreifen.

Trotz aller Unterschiede zwischen den untersuchten Arbeitskreisen ist ihnen doch gemeinsam, dass bestimmte Bedingungen gegeben sein sollten, damit eine Kooperation von öffentlicher Jugendhilfe und Strafrecht bei Sexualdelikten gegen Kinder gelingen kann. Das abschließend

entwickelte Basismodell soll deshalb Orientierung und Hilfe beim Aufbau von und der Tätigkeit in interdisziplinär besetzten Arbeitsbündnissen bieten. Es ist auf der Grundlage des Inputs entstanden, den PraktikerInnen geliefert haben, wurde mit wissenschaftlichem Instrumentarium entwickelt – und wendet sich nun vor allem wieder an PraktikerInnen.

Kooperation von öffentlicher Jugendhilfe und Strafrecht bei Sexualdelikten gegen Kinder – Entwicklung eines Modellkonzepts zur Umsetzung der Kinderrechte in Strafverfahren, Kriminologie und Praxis: Band 60, Wiesbaden: Kriminologische Zentralstelle e. V. (KrimZ), Evelyn Dawid, Jutta Elz, Birgitt Haller, 348 Seiten, 28 Euro, ISBN 978-3-926371-92-8

Gegengift

Sparen bei der Bildung, schwieriger Arbeitsmarkt und keine Chance auf staatliche Altersversorgung mehr. Jetzt halst Europa den jungen Menschen auch noch die Kosten für den Reformstau auf. Denn die Rechnung für die Krisen in Griechenland, Irland und Portugal bezahlen am Ende sie. Nach seinem Bestseller „Investment Punk – Warum ihr schuffet und wir reich werden“ rüttelt der Investment-Banker und Punk Gerald Hörhan die jungen Generationen auf und sagt, wie sie sich wehren können. Eine gewohnt provokante Ansage des Harvard-Absolventen, der gerne mit Irokesenfrisur und Lederkluft auftritt und dabei im Aston Martin vorfährt.

Gegengift, Gerald Hörhan, edition a., 2011, Gebundene Ausgabe, 192 Seiten, 19,95 Euro, ISBN 978-3990010297

Berufsgewerkschaften in der Offensive

Zuerst die Pilotenvereinigung Cockpit, dann die Ärztegewerkschaft Marburger Bund und zuletzt die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer: Seit geraumer Zeit sorgen kleine aber mächtige Berufsgewerkschaften für Wirbel in der Öffentlichkeit. Scheinbar mühelos ziehen sie mit hohen Lohnforderungen und großer Streikbereitschaft an den etablierten Branchengewerkschaften vorbei.

Wie erklären sich das plötzliche Auftreten und der Erfolg dieser Verbände? Und was lässt sich aus diesen Entwicklungen für die Zukunft des deutschen Gewerkschaftsmodells ableiten? Diese Fragen beantwortet die vorliegende Studie, indem sie in vergleichender Perspektive die Entwicklung von vier berufsbezogenen Organisationen zwischen Kontinuität und Wandel analysiert.

Berufsgewerkschaften in der Offensive, Vom Wandel des deutschen Gewerkschaftsmodells, Wolfgang Schroeder, Viktoria Kalass, Samuel Greef, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2011, 307 Seiten, Broschur, 34,95 Euro, ISBN 978-3-531-18203-2



Deutsche Polizei

Nr. 12 • 61. Jahrgang 2012 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon Berlin (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200
Internet: www.gdp.de

Chefredakteur/Leiter Abt. Presse: Rüdiger Holecek,
Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse: Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117, Fax (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout: Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Michael Zielasko

Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de
Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:

Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 34 vom 1. Januar 2012



Druckauflage dieser Ausgabe:
178.648 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887



Farbe im Winter



Mit der topaktuellen Uhrenserie LOLLICLOCK in 11 frischen Farben. Alle Uhren mit farbigem Silikonarmband und Kunststoffgehäuse. Drehbare Lünette, 3-Zeiger-Uhrwerk, 5 ATM Spritzwassergeschützt. Verpackt in konturgestanzter Faltschachtel.

loli clock

(nur in Schwarz und Weiß lieferbar)



258012 **44,99 €**

Chrono

Ø
43 mm



258112

Ø
43 mm

Markenuhrwerk mit Chronograph (1/100 Sek.)
und Datumsanzeige (5030D swiss parts)

2 Jahre Garantie
(nicht auf Batterie,
Armband und
Verschlüsse)

**Letzter
Bestelltermin**
31.12.2012

Mit Datumsanzeige

9,99 €

12,99 €



Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:

Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165 • osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

2013 – Alle Termine im Griff ...

... mit dem VDP-Kalenderprogramm



4,20 €

Polizeiterminer 2013

Ein Terminer der Spitzenklasse im Format 17 x 23 cm. Speziell auf den Bedarf der Polizei zugeschnitten!

- Übersichtliches Kalendarium
- Dreimonatsübersicht auf jeder Doppelseite
- Strapazierfähiger Umschlag
- Hochwertige Verarbeitung
- Elegantes Outfit



4,50 €

Polizeikalender 2013

Der Taschenkalender im praktischen DIN-A6-Format (10 x 14 cm).

- Jahrbuch und Nachschlagewerk in einem
- Zahlreiche Übersichten und Tabellen
- Wie immer mit dem bewährten „Polizei-ABC“
- Weitere redaktionelle Beiträge zu den Themen „Die neuen Fahrerlaubnisklassen“ und „Die Entwicklung des Fahrpersonalrechts“



10,90 €

Cartoon-Wandkalender Polizei 2013

Seit mehr als 25 Jahren lädt der beliebte Cartoon-Wandkalender im Format 40 x 50,4 cm zum Schmunzeln ein.

- 12 großformatige farbige Cartoons zu „polizei(un)typischen“ Situationen
- Versehen mit einer Wire-O-Bindung, sodass Sie Blatt für Blatt umschlagen können
- Ideal als Geschenk zu Weihnachten und zum Jahreswechsel – nicht nur für Polizeibeschäftigte

Unsere Kalender zum Sonderpreis!

Paket 1:

Alle 3 Kalender
zusammen für nur

17,50 €

Paket 2:

Polizeiterminer und
Polizeikalender für nur

7,50 €



Tipp: Alle Preise zuzüglich Versandkosten von 3,50 €, die ab einem Auftragswert von 50,00 € entfallen. Sparen Sie Geld, indem Sie sich einer Sammelbestellung bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) oder Ihrer Dienststelle anschließen – oder organisieren Sie selbst eine Sammelbestellung mit Ihren Kolleginnen und Kollegen. Buchhandelsbestellungen sind nicht möglich.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de